Stand: 09.10.2026 18:32:42

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/12042

"Exponentielles Corona-Infektionsgeschehen und Überlastung des Gesundheitssystems verhindern - ein harter Lockdown ist unvermeidbar"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/12042 vom 15.12.2020
2. Beschluss des Plenums 18/12049 vom 15.12.2020
3. Plenarprotokoll Nr. 67 vom 15.12.2020

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 15.12.2020 **Drucksache** 18/**12042**

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Thomas Kreuzer, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König, Tobias Reiß, Tanja Schorer-Dremel, Ilse Aigner, Martin Bachhuber, Volker Bauer, Jürgen Baumgärtner, Barbara Becker, Eric Beißwenger, Markus Blume, Alfons Brandl, Robert Brannekämper, Gudrun Brendel-Fischer, Alex Dorow, Holger Dremel, Norbert Dünkel, Dr. Ute Eiling-Hütig, Matthias Enghuber, Wolfgang Fackler, Alexander Flierl, Karl Freller, Max Gibis, Alfred Grob, Petra Guttenberger, Hans Herold, Johannes Hintersberger, Michael Hofmann, Petra Högl, Dr. Gerhard Hopp, Dr. Marcel Huber, Thomas Huber, Dr. Martin Huber, Andreas Jäckel, Sandro Kirchner, Jochen Kohler, Harald Kühn, Manfred Ländner, Dr. Petra Loibl, Dr. Beate Merk, Benjamin Miskowitsch, Martin Mittag, Walter Nussel, Dr. Stephan Oetzinger, Franz Josef Pschierer, Helmut Radlmeier, Barbara Regitz, Dr. Franz Rieger, Berthold Rüth, Alfred Sauter, Andreas Schalk, Ulrike Scharf, Josef Schmid, Martin Schöffel, Angelika Schorer, Thorsten Schwab, Dr. Harald Schwartz, Bernhard Seidenath, Dr. Ludwig Spaenle, Klaus Steiner, Sylvia Stierstorfer, Klaus Stöttner, Karl Straub, Walter Taubeneder, Peter Tomaschko, Steffen Vogel, Martin Wagle, Prof. Dr. Gerhard Waschler, Ernst Weidenbusch, Georg Winter, Josef Zellmeier** und **Fraktion (CSU)**,

Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Exponentielles Corona-Infektionsgeschehen und Überlastung des Gesundheitssystems verhindern - ein harter Lockdown ist unvermeidbar

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass trotz der bisher ergriffenen Maßnahmen die Infektionszahlen in Deutschland und auch in Bayern viel zu hoch sind. Die Zahl der Neuinfektionen beginnt wieder exponentiell zu wachsen. Das Gesundheitssystem und all seine Akteurinnen und Akteure arbeiten schon jetzt vielerorts an der Belastungsgrenze. Die hohe Zahl von coronabedingten Todesfällen ist nicht hinnehmbar.

Der Landtag bekräftigt, dass das Infektionsgeschehen daher deutlich eingedämmt werden muss. War es richtig und angemessen, im Interesse insbesondere der Kinder und Jugendlichen sowie unserer Wirtschaft bisher mit wohl überlegten, gezielten Maßnahmen und Beschränkungen gegen die Verbreitung des Coronavirus anzukämpfen, lassen die aktuellen Entwicklungen der Infektionszahlen und die Situation in den Kliniken keine Wahl mehr: Eine massive Beschränkung von Kontakten und ein Herunterfahren des öffentlichen Lebens ist notwendig und unumgänglich.

Der Landtag begrüßt daher, dass sich die Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten gemeinsam mit der Bundeskanzlerin am 13. Dezember auf ein deutschlandweit einheitliches Vorgehen verständigt und dabei auch Hilfen für die betroffenen Branchen vorgesehen haben.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Der Landtag unterstützt die von der Staatsregierung am 14. Dezember 2020 beschlossenen Maßnahmen zur Umsetzung des vereinbarten Vorgehens, insbesondere:

- Die Sonderregelung für die drei Weihnachtstage vom 24. bis 26. Dezember 2020, die Treffen im engsten Familienkreis ermöglicht: Alle Angehörigen des eigenen Hausstands können sich mit höchstens vier über den eigenen Hausstand hinausgehenden Personen des engsten Familienkreises wie Eltern oder Geschwistern (zuzüglich deren Kinder im Alter bis 14 Jahren) treffen, gleichgültig aus wie vielen Hausständen diese vier Personen kommen.
- Die Schließung des Einzelhandels mit Ausnahme der Geschäfte des in der Verordnung definierten lebensnotwendigen Bedarfs wie etwa Lebensmittelhandel, Apotheken oder Drogerien. Der Verkauf von Weihnachtsbäumen bleibt möglich. Möglich ist auch die Zustellung von Paketen am 20. Dezember 2020.
- Die Schließung von Dienstleistungsbetrieben mit Kundenverkehr, bei denen eine körperliche Nähe zum Kunden unabdingbar ist. Wichtig ist, dass medizinisch notwendige Behandlungen, zum Beispiel Physio-, Ergo- und Logotherapien oder Podologie weiter möglich bleiben.
- Die Testung von Beschäftigten ambulanter Pflegedienste möglichst zweimal pro Woche im Rahmen verfügbarer Testkapazitäten zusätzlich zu den mindestens zwei wöchentlichen Testungen des Personals in Alten- und Pflegeeinrichtungen zum Schutz der pflegebedürftigen Menschen.
- Die Schließung der bayerischen Schulen und Kindertagesbetreuungsangebote. Dem Landtag ist dabei wichtig, dass
  - Distanzlernen in allen Schularten und Jahrgangsstufen bis zum 18. Dezember 2020 stattfindet und
  - gute und unbürokratische Notbetreuungsmöglichkeiten für die Eltern bereitstehen, die ihre Kinder nicht selbst betreuen oder die Betreuung auf andere Weise sicherstellen können. Dies betrifft insbesondere Eltern, die einer Erwerbstätigkeit nachgehen und keinen Urlaub mehr zur Verfügung haben. Der Landtag appelliert an die Unternehmen, durch großzügige Homeoffice-Lösungen oder Betriebsferien insbesondere den Eltern die Betreuung ihrer Kinder zu ermöglichen.
- Das Festhalten an der bestehenden Hotspotstrategie, die in Landkreisen und kreisfreien Städten mit einer gegenüber dem Landesdurchschnitt deutlich erhöhten 7-Tage-Inzidenz weitergehende Maßnahmen erlaubt.
- Die Einführung einer landesweiten, nächtlichen Ausgangssperre von 21 Uhr bis 5 Uhr früh.

Dem Landtag ist bewusst und er bedauert, dass diese Maßnahmen zu ganz erheblichen Belastungen führen, für die Menschen, für die Familien, für die Wirtschaft und das gesamte gesellschaftliche Leben. Er sieht diese Maßnahmen jedoch angesichts des hohen Infektionsgeschehens als geeignet, erforderlich und verhältnismäßig an. Er trägt diese ausdrücklich mit.

Der Landtag appelliert an den Bund, die finanziellen Hilfen für die vom Lockdown betroffenen Unternehmen, Soloselbstständigen und selbstständigen Angehörigen der Freien Berufe, Künstlerinnen und Künstler sowie Angehörigen der Kreativwirtschaft wie angekündigt auszubauen sowie schnell und unbürokratisch zugänglich zu machen. Der Landtag fordert den Bund auf, die November- und Dezemberhilfen nachzubessern, damit auch Mischbetriebe, die mehrere wirtschaftliche Bereiche betreiben, Unterstützung erhalten, soweit der Teilbetrieb aufgrund der Corona-Pandemie untersagt wurde, und zudem die Abschlagszahlungen erhöht werden.

Der Landtag bittet die Menschen in Bayern weiter mit Umsicht und Vorsicht in dieser Krise zusammenzustehen und Kontakte möglichst zu vermeiden. Es gilt jetzt, in den nächsten Wochen bis zum 10. Januar 2021 die Regeln mit hoher Disziplin und gegenseitiger Rücksichtnahme zu befolgen. Nur so wird es gelingen, die Infektionszahlen konsequent, nachhaltig und wirkungsvoll zu reduzieren und so den Grundstein dafür zu

legen, dass Beschränkungen wieder planvoll und gut vorbereitet zurückgenommen werden und das Leben in Bayern wieder zur Normalität zurückfinden kann. Die Fortschritte bei der Impfstoffentwicklung und -zulassung sowie die Forschungsansätze für erfolgversprechende Therapieverfahren machen in dieser Situation Hoffnung, dass die Pandemie im kommenden Jahr Schritt für Schritt überwunden und das normale Leben zurückkehren kann.

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 15.12.2020 **Drucksache** 18/**12049**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Thomas Kreuzer, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König, Tobias Reiß, Tanja Schorer-Dremel, Ilse Aigner, Martin Bachhuber, Volker Bauer, Jürgen Baumgärtner, Barbara Becker, Eric Beißwenger, Markus Blume, Alfons Brandl, Robert Brannekämper, Gudrun Brendel-Fischer, Alex Dorow, Holger Dremel, Norbert Dünkel, Dr. Ute Eiling-Hütig, Matthias Enghuber, Wolfgang Fackler, Alexander Flierl, Karl Freller, Max Gibis, Alfred Grob, Petra Guttenberger, Hans Herold, Johannes Hintersberger, Michael Hofmann, Petra Högl, Dr. Gerhard Hopp, Dr. Marcel Huber, Thomas Huber, Dr. Martin Huber, Andreas Jäckel, Sandro Kirchner, Jochen Kohler, Harald Kühn, Manfred Ländner, Dr. Petra Loibl, Dr. Beate Merk, Benjamin Miskowitsch, Martin Mittag, Walter Nussel, Dr. Stephan Oetzinger, Franz Josef Pschierer, Helmut Radlmeier, Barbara Regitz, Dr. Franz Rieger, Berthold Rüth, Alfred Sauter, Andreas Schalk, Ulrike Scharf, Josef Schmid, Martin Schöffel, Angelika Schorer, Thorsten Schwab, Dr. Harald Schwartz, Bernhard Seidenath, Dr. Ludwig Spaenle, Klaus Steiner, Sylvia Stierstorfer, Klaus Stöttner, Karl Straub, Walter Taubeneder, Peter Tomaschko, Steffen Vogel, Martin Wagle, Prof. Dr. Gerhard Waschler, Ernst Weidenbusch, Georg Winter, Josef Zellmeier** und **Fraktion (CSU)**,

Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Drs. 18/**12042**

Exponentielles Corona-Infektionsgeschehen und Überlastung des Gesundheitssystems verhindern – ein harter Lockdown ist unvermeidbar

Der Landtag stellt fest, dass trotz der bisher ergriffenen Maßnahmen die Infektionszahlen in Deutschland und auch in Bayern viel zu hoch sind. Die Zahl der Neuinfektionen beginnt wieder exponentiell zu wachsen. Das Gesundheitssystem und all seine Akteurinnen und Akteure arbeiten schon jetzt vielerorts an der Belastungsgrenze. Die hohe Zahl von coronabedingten Todesfällen ist nicht hinnehmbar.

Der Landtag bekräftigt, dass das Infektionsgeschehen daher deutlich eingedämmt werden muss. War es richtig und angemessen, im Interesse insbesondere der Kinder und Jugendlichen sowie unserer Wirtschaft bisher mit wohl überlegten, gezielten Maßnahmen und Beschränkungen gegen die Verbreitung des Coronavirus anzukämpfen, lassen die aktuellen Entwicklungen der Infektionszahlen und die Situation in den Kliniken keine Wahl mehr: Eine massive Beschränkung von Kontakten und ein Herunterfahren des öffentlichen Lebens ist notwendig und unumgänglich.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Der Landtag begrüßt daher, dass sich die Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten gemeinsam mit der Bundeskanzlerin am 13. Dezember auf ein deutschlandweit einheitliches Vorgehen verständigt und dabei auch Hilfen für die betroffenen Branchen vorgesehen haben.

Der Landtag unterstützt die von der Staatsregierung am 14. Dezember 2020 beschlossenen Maßnahmen zur Umsetzung des vereinbarten Vorgehens, insbesondere:

- Die Sonderregelung für die drei Weihnachtstage vom 24. bis 26. Dezember 2020, die Treffen im engsten Familienkreis ermöglicht: Alle Angehörigen des eigenen Hausstands können sich mit höchstens vier über den eigenen Hausstand hinausgehenden Personen des engsten Familienkreises wie Eltern oder Geschwistern (zuzüglich deren Kinder im Alter bis 14 Jahren) treffen, gleichgültig aus wie vielen Hausständen diese vier Personen kommen.
- Die Schließung des Einzelhandels mit Ausnahme der Geschäfte des in der Verordnung definierten lebensnotwendigen Bedarfs wie etwa Lebensmittelhandel, Apotheken oder Drogerien. Der Verkauf von Weihnachtsbäumen bleibt möglich. Möglich ist auch die Zustellung von Paketen am 20. Dezember 2020.
- Die Schließung von Dienstleistungsbetrieben mit Kundenverkehr, bei denen eine körperliche Nähe zum Kunden unabdingbar ist. Wichtig ist, dass medizinisch notwendige Behandlungen, zum Beispiel Physio-, Ergo- und Logotherapien oder Podologie weiter möglich bleiben.
- Die Testung von Beschäftigten ambulanter Pflegedienste möglichst zweimal pro Woche im Rahmen verfügbarer Testkapazitäten zusätzlich zu den mindestens zwei wöchentlichen Testungen des Personals in Alten- und Pflegeeinrichtungen zum Schutz der pflegebedürftigen Menschen.
- Die Schließung der bayerischen Schulen und Kindertagesbetreuungsangebote. Dem Landtag ist dabei wichtig, dass
  - Distanzlernen in allen Schularten und Jahrgangsstufen bis zum 18. Dezember 2020 stattfindet und
  - gute und unbürokratische Notbetreuungsmöglichkeiten für die Eltern bereitstehen, die ihre Kinder nicht selbst betreuen oder die Betreuung auf andere Weise sicherstellen können. Dies betrifft insbesondere Eltern, die einer Erwerbstätigkeit nachgehen und keinen Urlaub mehr zur Verfügung haben. Der Landtag appelliert an die Unternehmen, durch großzügige Homeoffice-Lösungen oder Betriebsferien insbesondere den Eltern die Betreuung ihrer Kinder zu ermöglichen.
- Das Festhalten an der bestehenden Hotspotstrategie, die in Landkreisen und kreisfreien Städten mit einer gegenüber dem Landesdurchschnitt deutlich erhöhten 7-Tage-Inzidenz weitergehende Maßnahmen erlaubt.
- Die Einführung einer landesweiten, nächtlichen Ausgangssperre von 21 Uhr bis 5 Uhr früh.

Dem Landtag ist bewusst und er bedauert, dass diese Maßnahmen zu ganz erheblichen Belastungen führen, für die Menschen, für die Familien, für die Wirtschaft und das gesamte gesellschaftliche Leben. Er sieht diese Maßnahmen jedoch angesichts des hohen Infektionsgeschehens als geeignet, erforderlich und verhältnismäßig an. Er trägt diese ausdrücklich mit.

Der Landtag appelliert an den Bund, die finanziellen Hilfen für die vom Lockdown betroffenen Unternehmen, Soloselbstständigen und selbstständigen Angehörigen der Freien Berufe, Künstlerinnen und Künstler sowie Angehörigen der Kreativwirtschaft wie angekündigt auszubauen sowie schnell und unbürokratisch zugänglich zu machen. Der Landtag fordert den Bund auf, die November- und Dezemberhilfen nachzubessern, damit auch Mischbetriebe, die mehrere wirtschaftliche Bereiche betreiben, Unterstützung erhalten, soweit der Teilbetrieb aufgrund der Corona-Pandemie untersagt wurde, und zudem die Abschlagszahlungen erhöht werden.

Der Landtag bittet die Menschen in Bayern weiter mit Umsicht und Vorsicht in dieser Krise zusammenzustehen und Kontakte möglichst zu vermeiden. Es gilt jetzt, in den nächsten Wochen bis zum 10. Januar 2021 die Regeln mit hoher Disziplin und gegenseitiger Rücksichtnahme zu befolgen. Nur so wird es gelingen, die Infektionszahlen konsequent, nachhaltig und wirkungsvoll zu reduzieren und so den Grundstein dafür zu legen, dass Beschränkungen wieder planvoll und gut vorbereitet zurückgenommen werden und das Leben in Bayern wieder zur Normalität zurückfinden kann. Die Fortschritte bei der Impfstoffentwicklung und -zulassung sowie die Forschungsansätze für erfolgversprechende Therapieverfahren machen in dieser Situation Hoffnung, dass die Pandemie im kommenden Jahr Schritt für Schritt überwunden und das normale Leben zurückkehren kann.

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Alexander Hold
Abg. Helmut Radlmeier
Abg. Markus Plenk
Abg. Prof. Dr. Ingo Hahn
Abg. Jürgen Mistol
Abg. Andreas Winhart
Abg. Prof. Dr. Winfried Bausback
Abg. Volkmar Halbleib
Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher
Abg. Christian Klingen
Abg. Matthias Fischbach
Abg. Tanja Schorer-Dremel
Abg. Dr. Fabian Mehring
Abg. Julika Sandt
Abg. Toni Schuberl
Abg. Ferdinand Mang
Abg. Raimund Swoboda
Abg. Albert Duin
Abg. Andreas Krahl
Abg. Bernhard Seidenath

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Beratung der zum Plenum eingereichten Dringlichkeitsanträge

Zur gemeinsamen Beratung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten
Thomas Kreuzer, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König u. a. und Fraktion (CSU),
Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Exponentielles Corona-Infektionsgeschehen und Überlastung des Gesundheitssystems verhindern - ein harter Lockdown ist unvermeidbar (Drs. 18/12042)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Gemeinsam die Pandemie bekämpfen (Drs. 18/12043)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Andreas Winhart, Christian Klingen, Roland Magerl u. a. und Fraktion (AfD)
Die Alternative zu Söders Lockdown: Risikogruppen schützen, den anderen das Leben ermöglichen. (Drs. 18/12044)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Horst Arnold, Ruth Waldmann, Klaus Adelt u. a. und Fraktion (SPD)

Weitere Bekämpfung der COVID-19-Pandemie: Gesundheit schützen, soziale und wirtschaftliche Belastungen abfedern, Perspektiven schaffen!
(Drs. 18/12045)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Matthias Fischbach, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
Lockdown-Notbremse nutzen, um effektive Virusbekämpfung vorzubereiten
(Drs. 18/12046)

Vorweg weise ich darauf hin, dass sich die Gesamtredezeit der Fraktionen auf 68,5 Minuten verringert. Es entfallen auf die CSU-Fraktion 17 Minuten, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 12 Minuten, Fraktion FREIE WÄHLER 10,5 Minuten, AfD-Fraktion und SPD-Fraktion jeweils 10 Minuten und FDP-Fraktion 9 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich an der Redezeit der stärksten Fraktion und beträgt damit 17 Minuten. Die fraktionslosen Abgeordneten können jeweils 4,5 Minuten sprechen. – Ich eröffne die gemeinsame Aussprache und erteile das Wort zunächst Herrn Kollegen Helmut Radlmeier für die CSU-Fraktion. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Helmut Radlmeier (CSU): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, Kolleginnen und Kollegen! Die Lage ist ernst, sie ist sogar mehr als ernst. Für diese Erkenntnis muss man hier im Haus keine Panik verbreiten. Man muss nichts dramatisieren. Man muss sich einfach nur die Zahlen ansehen. Man muss sie ansehen und darüber nachdenken, was sie aussagen, was sie zum Ausdruck bringen. Fast 800 Menschen – genau 792 – werden aktuell, Stand heute, allein in Bayern mit COVID-19 auf den Intensivstationen in unseren Krankenhäusern behandelt. 727 Bürgerinnen und Bürger davon müssen in den Intensivbetten invasiv beatmet werden. Der Herr Ministerpräsident hat es vorhin in seiner Regierungserklärung gesagt: 176 Mitbürger sind seit gestern verstorben. Das sind 8 mehr als vorgestern. Das ist die höchste Zahl seit Ausbruch dieser Pandemie.

Wer sich im Gesundheitswesen etwas auskennt oder wer sich damit beschäftigt, weiß, was diese Zahlen bedeuten. Der Blick in die nahe Zukunft verheißt nichts Gutes. Gestern wurden deutschlandweit mehr als 14.000 – genau 14.432 – Infizierte gemeldet. 14.432, liebe Kolleginnen und Kollegen! Daraus kann man schon absehen, was auf die Krankenhäuser zukommen wird.

Werte Kolleginnen und Kollegen, meine Frau arbeitet seit Jahren als Anästhesie- und Intensivpflegerin in einem Landshuter Krankenhaus an vorderster Front mit. Ich bin selbst im Aufsichtsrat eines Krankenhauses und habe durchaus, zuletzt auch aufgrund meiner Mitgliedschaft im Ausschuss für Gesundheit und Pflege, viele Gespräche geführt und Einblicke in die Arbeit der Einrichtungen gewonnen, und zwar nicht nur in die Krankenhauslandschaft, sondern auch in die Senioren- und Altenpflege und in die Pflegeeinrichtungen. Man sollte nüchtern und sachlich festhalten: Wir stehen am Scheidepunkt. Das Jahresende wird zeigen, wohin die Reise im neuen Jahr geht. Daher ist die Entscheidung nur zu begrüßen, das öffentliche Leben deutschlandweit herunterzufahren, damit Leben gerettet werden kann. Das ist der richtige Weg, der einzig gangbare Weg, meine sehr geehrten Damen und Herren!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Leider haben aber manche in der Debatte den Blick auf das Wesentliche verloren, auf die Menschen. Manche blicken nur auf die freien Betten und meinen, es sei alles gar nicht so tragisch. Ich sage: Wir müssen in der Debatte endlich von der nackten Bettenzahl wegkommen. Wir müssen uns bewusst machen, dass wir nicht über Betten sprechen, sondern über Menschen, über Bürgerinnen und Bürger, über Menschenleben.

(Beifall bei der CSU)

Wir sprechen über Menschen, für die es aktuell kein Heilmittel gibt, über Menschen, deren Leben auf der Kippe steht, über Menschen, die man unter Umständen nicht mehr behandeln kann, sollte es so weitergehen. Hier haben wir alle, insbesondere wir Abgeordnete hier im Landtag, eine besondere Verantwortung. Wir müssen erklären,

dass es nicht reicht, einfach nur ein Bett aufzustellen. Natürlich können wir in großer Zahl Betten irgendwo hinstellen. Natürlich können wir Beatmungsgeräte bis zu einem gewissen Grad bereitstellen. Das allein hilft aber niemandem, denn für jedes Bett braucht es auch ausreichend Personal. Dieses Personal fällt aber leider nicht vom Himmel, außerdem muss es noch entsprechend geschult werden. Ich kann Ihnen sagen, für die Landshuter Krankenhäuser – Region Stadt und Landkreis Landshut – haben wir derzeit Unterstützung durch etwa 27 bis 29 Bundeswehrsoldaten, die in den einzelnen Häusern in unserer Region mithelfen und sie unterstützen. Gerade das Klinikpersonal ist am Limit. Die Krankenhäuser sind an der Belastungsgrenze oder nähern sich ihr mit großen Schritten.

Ich danke heute in diesem Zusammenhang auch allen Menschen, die sich im Gesundheitswesen gerade in diesen Zeiten weit über das normale Maß hinaus so großartig einbringen. Aber Dank allein genügt nicht. Aus diesem Grund braucht es jetzt den harten Lockdown. Alles andere wäre verantwortungslos. Wir brauchen jetzt einen Wellenbrecher, damit wir nicht untergehen.

Die Fraktionen der CSU und der FREIEN WÄHLER unterstützen daher den Kurs der Staatsregierung. Wir stehen dazu, diese Verantwortung zu übernehmen, auch wenn der Lockdown für uns alle zunächst schmerzhaft ist, gerade zum Jahresausklang. Von vielen Vorrednern ist es angesprochen worden. In dieser Zeit feiern wir normalerweise mit unseren Familien, Verwandten und Freunden. Wir machen Urlaub – zu dieser Jahreszeit meistens Skiurlaub –, schlendern über die Weihnachtsmärkte, gehen einkaufen. Das alles wird in diesem Jahr nur bedingt oder gar nicht möglich sein. Das schmerzt.

Dennoch gibt es keine andere Option. Lassen Sie uns Kontakte und damit mögliche Erkrankungen vermeiden! Lassen Sie uns dem Personal in unseren Krankenhäusern die nötige Luft verschaffen und eine Überlastung unseres Gesundheitssystems verhindern! Dieses Land und wir alle – ich betone: alle – müssen jetzt Solidarität zeigen. Wir

haben deshalb unseren Dringlichkeitsantrag eingebracht, und ich darf hernach um Zustimmung zu diesem Antrag bitten.

Die Infektionszahlen sind trotz der bisher ergriffenen Maßnahmen zu hoch. Es ist richtig, darauf jetzt deutschlandweit geschlossen zu reagieren. Auf uns alle kommen weitreichende Einschränkungen zu, auch wirtschaftlicher Art. Für diese Einschränkungen gibt es auch bei den Unternehmern und Dienstleistern großes Verständnis. Ich habe erst gestern Abend mit einem Jungunternehmer gesprochen, der als Friseur seit Januar Chef eines eigenen Ladens ist. Er hat zu mir gesagt, er hätte gerne die Weihnachts- und Silvesterfrisuren mitgenommen; so salopp hat er es ausgedrückt. Monetär gesehen ist das seine Hauptzeit. Aber er sagt auch klar, dass er bei den aktuellen Zahlen und dieser dramatischen Entwicklung hinter den Entscheidungen steht. Er ist sich der Entwicklung bewusst und wird sich deshalb der Situation stellen und natürlich zusperren. Er weiß auch: Ein kurzer, aber harter Lockdown bringt mehr als weichere Maßnahmen, die immer wieder aufschiebend wirken. Die schwierigen Situationen werden dann noch weiter verlängert, eventuell bis ins Frühjahr oder sogar in den Sommer; unser Fraktionsvorsitzender hat es gesagt.

Auch dieser kurze Lockdown wird schwere Folgen haben. Daher ist es zu begrüßen, dass die wirtschaftlichen Belastungen mithilfe des Bundes abgefedert werden. Diese Hilfe muss aber rasch kommen. In unserem Antrag appellieren wir daher an den Bund, dass die angekündigten finanziellen Hilfen für die vom Lockdown betroffenen Unternehmen, Solo-Selbstständigen und selbstständigen Angehörigen der freien Berufe ausgebaut werden. Außerdem fordern wir, dass die Hilfen in diesen schweren Zeiten zum einen schnell zugänglich und zum anderen auch unbürokratisch sein müssen.

Werte Kolleginnen und Kollegen, erlauben Sie mir zum Abschluss noch eine ganz persönliche Bemerkung. Wir reden hier oft über Zahlen und Statistiken. Wir streiten über Kurse und Kursrichtungen, Maßnahmen im Kleinen und Strategien im Großen. Lassen Sie uns in dieser schweren Zeit zusammenstehen. Lassen Sie uns gemeinsam das Richtige tun. Der gesunde Menschenverstand und das eigene Verantwortungsbe-

wusstsein sind jetzt mehr denn je gefragt. Schalten wir alle in diesem Jahr einen Gang zurück, damit wir im nächsten Jahr hoffentlich wieder alle gut durchstarten können. In diesem Sinne wünsche ich Ihnen und euch allen ein gesegnetes Weihnachtsfest. Das Wichtigste ist: Bleiben wir, bleiben Sie alle gesund!

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege, es liegen zwei Zwischenbemerkungen vor. – Hierzu erteile ich zunächst dem fraktionslosen Abgeordneten Markus Plenk das Wort. Bitte schön.

Markus Plenk (fraktionslos): Herr Radlmeier, bevor der Herr Reiß wieder auf die Idee kommt, mich als Corona-Leugner zu diskreditieren, möchte ich vorwegschicken, dass ich die von Ihnen erwähnten Zahlen nicht anzweifle, ich allerdings glaube, dass es dafür natürlich Gründe gibt. Ich habe zwei konkrete Fragen. Der Herr Ministerpräsident Söder hat in seiner Regierungserklärung erwähnt, wir müssten endlich aufwachen. Frage eins: Heißt das, dass die maßgebliche Regierungspartei, die CSU, bis jetzt geschlafen hat? – Frage zwei: Warum, glauben Sie, gibt es auch Mediziner, die aktuell eine Corona-Impfung ablehnen?

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Bitte, Herr Kollege Radlmeier.

Helmut Radlmeier (CSU): Kollege Plenk, zu Ihrer ersten Frage sage ich, dass im März nicht nur die Staatsregierung, sondern die Menschen weltweit auf dieses Virus nicht vorbereitet gewesen sind. Es gab keine Erfahrungswerte. Unser Ministerpräsident, die Staatsregierung und viele andere verantwortungsvolle Politiker haben in der jeweiligen Situation das Beste daraus gemacht – step by step. Sie haben sich den Herausforderungen gestellt und sich mit ihren Maßnahmen den Situationen angepasst.

Sie interpretieren in Ihrer Frage, dass die Maßnahmen nicht gegriffen haben. Die Maßnahmen haben vielleicht auch deswegen nicht gegriffen, weil sich nicht alle an sie ge-

halten haben, so wie es sich gehört. Nicht mehr und nicht weniger. Jetzt sind wir an einem Punkt angekommen, an dem die Zahlen aus dem Ruder laufen und die Leute nicht nur infiziert sind, sondern auch die Todesraten steigen. Da müssen wir noch mal gemeinsam in diesen harten Lockdown gehen und das Beste daraus machen; wir müssen nicht nur darauf hoffen, sondern auch darauf einwirken, dass die Zahlen besser werden.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege, Ihre Redezeit!

Helmut Radlmeier (CSU): Die zweite Frage – –

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Jetzt ist für die zweite Frage eigentlich keine Zeit mehr, Herr Kollege.

Helmut Radlmeier (CSU): Wie überall im Leben gibt es zwei Meinungen. Die Mehrheit der Mediziner meint, dass Impfen gut ist und dass die Maßnahmen der Staatsregierung der letzten Wochen und Monate richtig sind.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön. – Für eine zweite Zwischenbemerkung erteile ich dem Abgeordneten Ingo Hahn von der AfD-Fraktion das Wort.

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Herr CSU-Kollege Radlmeier, Sie legen hier einen Antrag vor, mit dem Sie das Infektionsgeschehen bzw. das daraus Folgende eindämmen wollen. Sie haben jetzt eigentlich neun Monate Zeit gehabt, gerade auch das Krankenhauswesen vorzubereiten. Das ist anscheinend nicht geschehen; denn jetzt sehen wir, dass es wieder Engpässe gibt.

Aber die Menschen draußen im Land haben nicht nur Angst wegen Corona, sondern sie leiden auch sehr unter den Corona-Maßnahmen. Das heißt, sie kämpfen um ihr Leben. Bei verschobenen Operationen in Krankenhäusern wird um das Leben gekämpft. Weltweit haben wir Hungerzustände, weil gewisse Regionen nicht versorgt

werden dürfen. Dort wird um das Leben gekämpft. Hier bei uns vor Ort werden ganze Wirtschaftsbranchen vor die Wand gefahren. Die Leute kämpfen wirtschaftlich ums Überleben. Gerade die alten Leute und die Risikogruppen kämpfen hier zum Teil alleine für sich, weil keine Angehörigen zu ihnen kommen können.

Meine Frage ist: Wie erklären Sie sich, dass selbst Politiker hier im Landtag sich nicht an die Maskenregeln halten wie Herr Söder, dass Ihre CSU-Minister an Restauranttischen zusammenhocken und vor allen Dingen –

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Ich muss Sie bitten, zum Ende zu kommen.

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): – dass wir drei Sonderplenarsitzungen haben, bei denen ein Infektionsrisiko geschaffen wird? – Das wollte der Herr Söder ja heute haben. Er wollte hier sprechen.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Radlmeier, es ist Ihre Minute.

Helmut Radlmeier (CSU): Sie sprechen die Kolleginnen und Kollegen an. Diese haben sich entschuldigt. Das war ein einmaliger Fehler. Was soll man jetzt darauf sagen? – Jeder macht mal Fehler. Sie haben es bedauert. Das haben alle fünf unisono gesagt und auch so veröffentlicht. Mir steht es nicht zu, die Kollegen jetzt zu tadeln. Dieser Fehler ist passiert. Das haben sie erkannt. Mit dem Thema muss jetzt auch einmal Ruhe sein.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege. – Nächster Redner ist für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN der Abgeordnete Jürgen Mistol. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Jürgen Mistol (GRÜNE): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Die Infektionszahlen laufen im gesamten Land aus dem Ruder. Täglich sind wir mit höheren Infektionszahlen konfrontiert. Die Zahl der Todesfälle steigt stark an. Allein in Bayern betrau-

ern wir mittlerweile knapp 5.000 Menschen. Das ist eine hohe Zahl.Darauf gibt es aus unserer Sicht nur eine Antwort: Wir brauchen ein gemeinsames Vorgehen in ganz Deutschland, und deswegen unterstützen wir GRÜNE die einschneidenden Maßnahmen, die auf der Konferenz der Ministerpräsident*innen mit der Bundeskanzlerin am vergangenen Sonntag beschlossen wurden; denn sie sind unabwendbar, um die Infektionszahlen endlich zu senken.

Ja, diese Maßnahmen sind so kurz vor Weihnachten und dem Jahreswechsel eine Zumutung. Aber was ist die Alternative? Schon jetzt ist das Gesundheitswesen in Bayern einer gefährlich hohen Belastung ausgesetzt; und die Menschen, die in diesem System arbeiten, die Ärzt*innen und die Pfleger*innen, noch viel mehr. Um das System am Laufen zu halten, brauchen wir dringend eine Entlastung, und zwar jetzt. Deshalb ist das Gebot der Stunde, jetzt gemeinsam zu handeln, nicht bis zu den Weihnachtsferien zu warten und den Lockdown am morgigen Mittwoch beginnen zu lassen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kolleginnen und Kollegen, wir haben es jetzt in der Hand, Disziplin und Solidarität zu üben, uns von manch lieb gewonnenen Ritualen der Weihnachtszeit und zum Jahreswechsel für dieses Jahr zu verabschieden, damit unser Gesundheitswesen nicht kollabiert und Ärztinnen und Ärzte nicht entscheiden müssen, wer künstlich beatmet werden soll und wer nicht. Wir GRÜNE wollen alles tun, um solche Entscheidungen zu verhindern.

Einschränkungen bedeuten übrigens nicht, dass Weihnachten ausfällt; vielleicht wird uns dieses Weihnachten, dieser Jahreswechsel viel stärker in Erinnerung bleiben, weil er so ganz anders sein wird als sonst.

Für uns alle gilt: Nicht alles, was möglich ist, muss auch gemacht werden. Die Beschränkungen für private Zusammenkünfte mit Freund*innen, Verwandten und Bekannten sind Obergrenzen, die auch unterschritten werden können. Klar sind soziale Kontakte wichtig, gerade in Krisenzeiten. Dass jedoch diese großzügigeren Regeln für

Weihnachten nur für Anverwandte in gerader Linie inklusive Geschwisterkindern gelten, erschließt sich mir jedoch nicht. Ich kenne nicht wenige Menschen, die weder Geschwister noch Kinder noch eine feste Partnerin oder einen festen Partner haben und deren Eltern vielleicht schon gestorben sind; die leben nicht alleine, sondern in selbst gewählten Familienzusammenhängen, Stichwort: Wahlfamilie. Sie haben von den Lockerungen zu Weihnachten gar nichts. Da geht es nicht um Kumpel, wie der Herr Ministerpräsident gesagt hat, es geht nicht um Freunde, sondern es geht um die Wahlfamilie. Gerade in der queeren Community, aber auch in anderen Teilen unserer bunten bayerischen Gesellschaft erzeugt das heftiges Kopfschütteln.

Ich sage Ihnen auch: Diese verquere Regel hat weniger mit epidemiologischen Erkenntnissen zu tun. Sie zeigt vielmehr sehr deutlich ein völlig antiquiertes Familien- und Gesellschaftsbild auf, das auch gestern wieder von der Staatsregierung bemüht wurde. Ich hingegen sage: Liebe Kolleginnen und Kollegen von den Regierungsfraktionen, lasst uns froh und bunter sein!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kolleginnen und Kollegen, dass es keine Sonderregeln zu Silvester gibt, hatten wir GRÜNE schon bei der vorletzten Regierungserklärung gefordert. Gut, dass jetzt auch die anderen zur Einsicht gekommen sind. Vielleicht ist es an der Zeit, ganz andere Formen zu finden, um das neue Jahr zu begrüßen, die vielleicht auch in Zukunft Bestand haben. Mir geht es zumindest so: Ein Silvester ohne Böller und Raketen entlastet nicht nur unser Gesundheitssystem, sondern schützt auch Umwelt und Tiere. Ich kann sagen: Wir GRÜNE freuen uns schon darauf.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kolleginnen und Kollegen, Corona trifft besonders die Alten- und die Pflegeheime, die Behinderteneinrichtungen und die Menschen, die dort arbeiten. Man muss es so deutlich sagen: Bayerns Heime stehen vor einer Zerreißprobe. Wie die alten Menschen schützen und sie gleichzeitig vor sozialer Isolation und Trostlosigkeit bewahren? Die

Regel, dass alle von täglich höchstens einer Person – aus unserer Sicht sollte es ein Haushalt sein – besucht werden dürfen, und das auch nur dann, wenn diese einen aktuellen, negativen Corona-Test vorlegen kann und eine FFP2-Schutzmaske trägt, stellen wir nicht in Frage. Die meisten Einrichtungen im Freistaat haben aber massive Probleme, die Testverordnungen und die weiteren Vorgaben des Gesundheitsministeriums überhaupt umzusetzen. Ich sage Ihnen: Eine Vorgabe ist schnell gemacht; sie muss aber auch praktikabel sein. Mobile Testteams zum Beispiel könnten hilfreich sein, um regelmäßige Antigen-Tests durchzuführen. Hier ist die Staatsregierung in der Pflicht, die Praxistauglichkeit zu gewährleisten, auch Informationen, zum Beispiel in Leichter Sprache und für Sehbehinderte, zur Verfügung zu stellen und dafür zu sorgen, dass niemand alleine sein muss – nicht an Weihnachten und auch sonst nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kolleginnen und Kollegen, die Schließung des Einzelhandels ist hart, gerade in der Vorweihnachtszeit. Es gibt nicht wenige Geschäfte, die in dieser Zeit ihren höchsten Umsatz haben und das ganze Jahr davon leben. Deshalb müssen die angekündigten großen Hilfen auch wirklich großzügig sein. Wirklich unverständlich ist für uns der Passus im Entwurf der Elften Infektionsschutzmaßnahmenverordnung, dass Abholdienste im Einzelhandel auch bei Vorliegen eines Hygienekonzeptes untersagt sind, während der Beschluss der MPK vom Sonntag ausdrücklich Abhol- und Lieferdienste zulässt. Hier schießt die Staatsregierung über das Ziel hinaus. Da ist es die Staatsregierung, die Ausnahmen macht. Herr Söder hat den Vorwurf geäußert, andere wollten Ausnahmen, aber er macht hier die Ausnahme von der Regel, die auf Bundesebene gilt. Aus unserer Sicht kann es auch nicht sein, dass die Blumenhändlerin bzw. der Blumenhändler in der Innenstadt schließen muss, aber der Discounter am Ortsrand Blumen verkaufen darf.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich sage sehr deutlich: Die Lage des Einzelhandels und der Gastronomie, gerade in den Innenstädten und den Ortszentren, bereitet uns GRÜNEN große Sorge. Innenstädte und Ortskerne sind das Herz einer jeden Stadt, eines jeden Dorfes; es sind Orte der Begegnung, sie bieten kulturellen Austausch, sie sind auch wichtige Wirtschaftstreiber – oder vielmehr: sie waren es; denn unsere Innenstädte und Ortskerne sind in einer tiefen Krise. Die Corona-Pandemie wirkt hier wie ein Brandbeschleuniger. Darauf sollten wir jetzt schon großes Augenmerk legen und den Grundstock dafür legen, dass unsere Innerortslagen attraktiv bleiben oder es wieder werden. Das schafft Identität, das stärkt das gesellschaftliche Miteinander.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Nun zu Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen: Uns GRÜNEN war und ist es wichtig, dass unsere Kinder und Jugendlichen in der Pandemie weder in der Bildung noch in der Betreuung unter die Räder kommen. Dass nun bis in den Januar hinein kein Präsenzunterricht mehr stattfinden kann, ist eine Situation, die wir gerne vermieden hätten; aber alles andere wäre nun nicht mehr verantwortbar. Dass Minister Piazolo gestern auch den Distanzunterricht abgesagt hat – wir haben heute gehört: Es war anders gemeint –, diese Kommunikationspanne ist aus unserer Sicht der Super-GAU und der beste Beweis dafür, dass die Zeit nach dem ersten Lockdown nicht für sinnvolle Vorbereitungen genutzt wurde.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Man muss deutlich sagen: Ein tragfähiges Unterrichtskonzept unter Pandemie-Bedingungen ist uns der Kultusminister immer noch schuldig,

(Beifall bei den GRÜNEN)

aber nicht nur uns, sondern insbesondere den Schülerinnen und Schülern und den Lehrerinnen und Lehrern.

Von der Bildung zur Wirtschaft: Ich unterstreiche an dieser Stelle nochmals den Appell der GRÜNEN an die Wirtschaft, alle Möglichkeiten für Betriebsferien oder Homeoffice-Lösungen bis zum 10. Januar großzügig zu nutzen, um bayernweit den Grundsatz "Wir bleiben zuhause" auch wirklich umzusetzen.

Den scharfen Lockdown sehen auch wir wie übrigens der ifo-Chef, Clemens Fuest, in einem aktuellen Interview als eine Investition in die Zukunft, damit wir möglichst nach dem 11. Januar lockern und ordentlich in das neue Jahr starten können, statt die Wirtschaft dann nochmals herunterfahren zu müssen. Wir wissen es nicht, ob das so kommt; aber wir haben gute Chancen, dass dieser Effekt eintritt.

Klar aber ist: Der Lockdown verlangt uns allen, der Wirtschaft, dem Handel, viel ab, sehr viel sogar. Dafür braucht es Unterstützung. Einiges ist schon beschlossen, wir müssen aber noch mal genauer hinschauen, um keinen und keine zu übersehen, vor allem auch die nicht, die keine starke Lobby haben, gleich ob sie Solo-Selbstständige, Künstler*innen oder kleine Einzelhändler*innen sind.

Damit die beschlossenen Maßnahmen auch wirklich greifen können, ist eine Informations- und Aufklärungskampagne zu den Regeln, über Verbreitungswege und Gefahren dringend notwendig; denn wir müssen auf die Menschen zugehen, um die Akzeptanz für die notwendigen Maßnahmen zu erhöhen.

Vor allem aber sei das Hin und Her bei den Regeln Gift für die Disziplin, sagte kürzlich die Gesundheitspsychologin Cornelia Betsch von der Universität Erfurt in einem Interview mit der "Süddeutschen Zeitung". Zitat: "Die Menschen brauchen einen festen Rahmen, an den sie sich halten und auf dessen Gültigkeit sie sich verlassen können." So habe der größte politische Fehler, sagt Frau Betsch, der vergangenen Wochen darin bestanden, den Menschen Lockerungen über Weihnachten und Silvester in Aussicht zu stellen, ohne diese an klare Bedingungen zu knüpfen. – Ich kann nur an alle appellieren: Lernen wir daraus.

Kolleginnen und Kollegen, die zweite Welle hat uns mit voller Wucht erwischt. Wir können gegen die Pandemie nur ankämpfen, wenn die föderale Familie an einem Strang zieht. Hierbei ist es gut, wenn kein Bundesland allein den Kampf gegen das Coronavirus führt. Stattdessen erwarten die Menschen in unserem Land auch ein gutes Zusammenspiel zwischen Regierung und Opposition. Diesem Zusammenspiel Ausdruck zu verleihen, ist das Ziel unseres Antrags, der Ihnen vorliegt. Wir sind gespannt, wie Sie sich dazu verhalten.

Kolleginnen und Kollegen, in diesem Jahr werden wir das Weihnachtsfest nicht in der gewohnten Art und Weise feiern können. Ich bin jedoch sehr zuversichtlich, dass wir irgendwann – hoffentlich bald – wieder das Leben führen können, das wir vor Beginn der Pandemie geführt haben. Manche Dinge werden sich nach überstandener Krise womöglich sogar zum Besseren wenden. In diesem Sinne: Halten wir Abstand, halten wir zusammen!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege. – Nächster Redner ist für die AfD-Fraktion der Abgeordnete Andreas Winhart.

(Beifall bei der AfD)

Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

Andreas Winhart (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Lediglich eine Stunde hat es am Sonntag gedauert, bis das Schicksal von Einzelhändlern, Gastronomie, Friseursalons und vielen Millionen weiteren Opfern der sogenannten härteren Vorgehensweise beim Lockdown besiegelt war. Wie oft haben wir gehört, es gehe nicht anders – nicht nur im November, als der Wellenbrecher-Lockdown stattfand, und nicht nur jetzt kurz vor Weihnachten, als man uns eigentlich versprochen hatte, dass zu Weihnachten wieder Normalität herrscht.

Die CSU und ihre Mehrheitsbeschaffer im Landtag bezeichnen einen harten Lockdown in ihrem Dringlichkeitsantrag als unvermeidbar. Doch nichts ist bekanntlich alternativlos. Viele Länder Europas haben einen anderen Weg gefunden, mit der Krise umzugehen, haben bewusst die Parameter anders gesetzt und haben keine Politiker, die nur noch von Todeszahlen sprechen, um die Panik in der Bevölkerung zu schüren. Den Bürgern fehlt mehr und mehr der Glaube an die Wirksamkeit und Verhältnismäßigkeit der Maßnahmen,

(Beifall bei der AfD)

weil diese Menschen einfach durchschauen, dass es nicht sein kann, dass das Virus im Bus auf dem Weg zur Arbeit oder im Großraumbüro mit zwanzig und mehr Kollegen weniger ansteckend ist als beim Weihnachtsessen im Kreis der Familie, weil die Leute kein Verständnis mehr dafür haben, dass PCR-Stäbchen in die Nasen ihrer dreijährigen Kinder gesteckt werden und gleichzeitig die älteren Geschwister im Klassenzimmer bei dauergeöffnetem Fenster frieren.

(Zurufe: Oh!)

Doch, meine Damen und Herren, es geht anders. Mit dem heutigen Dringlichkeitsantrag der AfD möchten wir Ihnen zehn Punkte präsentieren, in denen wir eine Alternative zur Corona-Politik des Herrn Söder in Bayern vorschlagen. Der Leitgedanke dabei ist, Risikogruppen zu schützen, allen anderen Menschen aber wieder ein geregeltes, normales Leben ohne Panik, ohne Angstmacherei und ohne unnötige Zwänge zu ermöglichen. Wir fordern die Staatsregierung daher auf, die Verhältnismäßigkeit der Maßnahmen wiederherzustellen und die beschlossenen Maßnahmen, die im CSU-Antrag gefeiert werden, sofort aufzuheben bzw. zu unterlassen.

(Beifall bei der AfD)

Ebenfalls wichtig ist das Weihnachtsfest. Was maßen sich eigentlich der Staat bzw. die Regierung an, den Bürgern vorzuschreiben, wer am Weihnachtstisch sitzen darf

und wer nicht? Auch bei den Gottesdiensten wird bei jeder noch so unwichtigen Gelegenheit die Religionsfreiheit – besonders von Minderheitsreligionen – hochgehalten. So soll jetzt ausgerechnet an Weihnachten in den Kirchen nicht wirklich gefeiert werden. Die Teilnahme am Gottesdienst ist nur mit Voranmeldung möglich, wobei große Teile der Gemeinden ausgeschlossen werden. Dazu gibt es eine Ausgangssperre ab 21 Uhr usw. Wie groß wäre der Aufschrei, wenn diese Maßnahmen zum Zuckerfest getroffen würden? Bei der christlichen Mehrheit im Lande aber ist das für die Staatsregierung kein Problem. – Streichen Sie, werte Kollegen von der CSU, endlich das "C" aus ihrem Parteinamen!

(Beifall bei der AfD)

Geht es nach Herrn Söder, soll man Ältere in Alten- und Pflegeheimen – wenn überhaupt – nur sehr spärlich besuchen. Die Lebensrealität im Lande ist, dass die Eltern bzw. Großeltern oft im Heim wohnen und die Familien, zerstreut über die ganze Welt, an Weihnachten zueinanderfinden. Gerade hier treffen die Kontaktbeschränkungen unverhältnismäßig. Gleichzeitig ist es natürlich wichtig, Risikopatienten zu schützen. Hierzu sehen wir vor, in ausreichender Zahl und nach Bedarf schützende FFP2-Masken an Risikogruppen kostenfrei für die Bezieher auszugeben. Geschützt und trotzdem Kontakt zu den Liebsten – das ist wohl das schönste und größte Geschenk, das wir zu Weihnachten bereiten können.

Besonders vom Lockdown betroffen sind die Veranstaltungsbranche und die Gastronomie. Nachdem die versprochenen Hilfen bekanntlich mit deutlicher Verspätung ausgezahlt werden, gilt es auch hier, Schaden von der zu Unrecht in ihrem Wirtschaften behinderten Branche abzuwenden. Entsprechend den Hygienekonzepten vom Sommer 2020, die sich bewährt haben, sind die Gastronomie und die Veranstaltungsbranche umgehend von den unverhältnismäßigen Maßnahmen zu befreien.

Der Einzelhandel leidet im Jahr 2020 besonders unter der Regierung Söder. Nicht den Supermärkten, sondern eher den kleinen Geschäften für Bekleidung, typische Ge-

schenkartikel etc. wird kurz vor Weihnachten noch einmal "der Saft abgedreht". Davon profitieren Amazon und Co., die in Deutschland bekanntlich kaum Steuern zahlen. Wir wollen die Leistungsträger vom Corona-Wahn befreien. Wie wäre es damit, die Ladenöffnungszeiten sogar zu erweitern und im Einzelhandel Umsätze zu sichern sowie die Kundenströme zu entzerren?

(Beifall bei der AfD)

Ich möchte gar nicht auf unseren Chaosminister Prof. Piazolo eingehen. Selbstverständlich sollten für uns Schulen für den Präsenzunterricht geöffnet bleiben, genauso wie die Kindertagesstätten. Sie sind weder ein Herd von Infektionen, noch beherbergen Sie eine Risikogruppe. Gerade jetzt, wenn es um das Homeoffice geht und wenn in den Krankenhäusern jede helfende Hand benötigt wird, brauchen wir eine zuverlässige Kinderbetreuung in Bayern.

Ein weiterer Punkt, der aus unserer Sicht umgehend erfüllt werden muss, ist die sofortige Beendigung der Diskriminierung von Menschen, die keine Maske tragen können. Auch diese Menschen haben das Recht, ohne Gängelung einkaufen zu gehen, im Bus zu fahren oder in sonstiger Weise am öffentlichen Leben teilzunehmen. Der sonst so hoch geschätzte Datenschutz wird hier massiv unterlaufen, da die Diskriminierten jedem Supermarktverkäufer per Attest jegliche Diagnose mitteilen müssen. Dies sind Informationen, die den Kassierer im Supermarkt definitiv nichts angehen.

(Beifall bei der AfD)

Beenden Sie dieses Schauspiel in den Supermärkten! Beenden Sie auch endlich die unselige PCR-Testung für jedermann. Schaffen Sie Testressourcen für diejenigen, die die Tests wirklich benötigen. Testen Sie so, wie es die Wissenschaft für angemessen hält, und nicht mit einem künstlich erhöhten Ct-Wert. Lassen Sie die Getesteten nicht tagelang im Unklaren, ob sie das Virus auf ihrer Schleimhaut tragen, sondern geben Sie Rückmeldung innerhalb von 24 Stunden. Entlasten Sie die Gesundheitsämter und konzentrieren Sie sich bei der Kontaktnachverfolgung auf die Risikogruppen, anstatt

ganze gesunde Schulklassen zum Massentest antreten zu lassen. Verhindern Sie die missbräuchliche Verwendung von Antigen-Schnelltests in Supermärkten, Kinos oder im Flug- und Bahnverkehr. Dies würde unser Land endgültig zum Erliegen bringen! Diese Tests sind sinnvoll zum Schutz von Risikogruppen in Krankenhäusern, Alten- und Pflegeheimen, aber auch nicht irgendwann, sondern unmittelbar vor dem Besuch.

Insofern fordere ich Sie auf und ermutige ich Sie, unserem Dringlichkeitsantrag zuzustimmen. Ich wünsche frohe Weihnachten. Bleiben Sie gesund.

(Beifall bei der AfD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Abgeordneter, es liegt eine Zwischenbemerkung vor. – Dazu erteile ich dem Abgeordneten Prof. Dr. Winfried Bausback von der CSU-Fraktion das Wort.

Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Herr Winhart, heute haben wir gehört, dass bundesweit 500 Menschen an Corona gestorben sind. In Bayern sind es 126. Ich möchte Sie fragen: Wie viele Tote möchten Sie und Ihre Gesinnungsfreunde im Rahmen Ihrer Verhältnismäßigkeitsprüfung akzeptieren? Wie viele Tote halten Sie für verhältnismäßig? Glauben Sie ernsthaft, dass die von Ihnen vorgeschlagenen Maßnahmen eine geeignete Reaktion auf die Pandemie sind? Ich glaube, Sie sind damit auf einem gefährlichen Holzweg, weil Sie Menschenleben gefährden.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Abgeordneter Winhart, bitte.

Andreas Winhart (AfD): Sehr geehrter Herr Prof. Bausback, ich frage Sie, wo Ihre Abwägung im März stattgefunden hat, als man die Kommunalwahl durchgeführt hat, als man gerade in Rosenheim noch Starkbierfeste erlaubt hat und sich im Wahlkampf mit allem Drum und Dran hat blicken lassen. Wo war da Ihre Abwägung? Damals hätte man die Pandemie zumindest in Teilen noch aufhalten können. Wo sind damals die Grenzen geschlossen worden, wie wir gefordert haben? Wir wurden belächelt und ausgelacht, als wir gefordert haben, nicht mehr jeden chinesischen Flieger in Mün-

chen landen zu lassen. Wo waren da Ihre Bedenken? Da hat man gesagt, erst einmal machen wir die Türen auf, jeder rückt weiter rein. Wo war da Ihre Abwägung?

Jetzt haben wir diese Studie erhalten. Sie haben sie sicherlich auch gelesen. Natürlich hat sich das bestätigt, was wir vermutet haben. Die Kommunalwahl hat massiv zur Verbreitung beigetragen. Auch die Starkbierfeste, bei denen sich Ihre Parteifreunde in der Öffentlichkeit gesonnt haben, haben massiv zur Pandemie beigetragen.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön. – Nächster Redner ist für die SPD-Fraktion der Abgeordnete Volkmar Halbleib. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Volkmar Halbleib (SPD): Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Das war wieder einmal ein bemerkenswerter Beitrag seitens der AfD. Sie haben von anderen Ländern gesprochen, aber kein einziges Land namentlich genannt, in dem es so viel besser läuft als in Deutschland und in Bayern. Offensichtlich können Sie das nicht nennen. Soweit der erste Punkt.

Der zweite Punkt. Sie bleiben bei Ihrer unverantwortlichen Politik. Sie haben leider mit Ihrem Verhalten und mit Ihren kruden Thesen zum Anstieg der Pandemie beigetragen. Das war Ihr politischer Beitrag in diesem Hause. Der Punkt 10 Ihres Antrags steht auf der zweiten Seite. Dieser Punkt 10 macht deutlich, dass Sie mit dem sehr ernsten Thema Impfen nur politische Mätzchen auf Kosten derjenigen machen, die in diesem Land um Gesundheit ringen. Das ist ein absurdes politisches Kasperletheater. Zynismus kennen wir von der AfD. Sie sind unbelehrbar. Leider muss man dies an der Stelle wieder einmal sagen.

(Beifall bei der SPD)

Tatsächlich – das hat Kollege Horst Arnold in der Aussprache zur Regierungserklärung schon deutlich gemacht – stehen wir vor notwendigen weiterführenden Maßnahmen. Sie sind dringend notwendig, um die augenblickliche Entwicklung und den Infektionsanstieg der vergangenen Wochen möglichst rasch umkehren zu können. Wir

haben in unserem Antrag viele bedeutende Punkte angesprochen, die uns wichtig sind und die bei diesem Lockdown nicht aus dem Blick geraten dürfen. Ich rate uns allen, vorher auch einmal einen Blick auf den bisherigen Verlauf der Pandemiebekämpfung in unserem Freistaat zu werfen, denn wir müssen aus den bisherigen Fehlern auch lernen.

Der Ministerpräsident kann jetzt nicht da sein, aber der Staatskanzleichef wird es ihm übermitteln: Einer der Hauptfehler waren die ständigen Fingerzeige auf andere Länder und andere Situationen mit der Konnotation, dass in Bayern alles besser läuft und dass wir viel bessere Entwicklungen und Möglichkeiten haben. Sie zeigten auf andere mit dem Finger, obwohl – das sehen wir jetzt – die Politik im Freistaat Bayern nicht zu besseren Ergebnissen als in anderen Bundesländern geführt hat. Im Gegenteil, Bayern steht bei den Infektionszahlen alles andere als gut da. Die Attitüde des Klassenprimus, immer mit dem Finger auf andere Länder zu zeigen, verhält sich leider umgekehrt proportional zur Erledigung der Hausaufgaben in Bayern. Man kann auch sagen: Jeder Fingerzeig des Ministerpräsidenten auf andere Länder erzeugt drei Fingerzeige zurück auf den Freistaat Bayern und die Staatsregierung.

(Beifall bei der SPD – Zurufe)

Wir erwarten vom Bayerischen Ministerpräsidenten und der Staatsregierung, dass sie nicht nur Meister im Belehren anderer sind, sondern dass sie auch die Hausaufgaben zuhause so erledigen, wie es ihrem und unserem Anspruch entspricht.

Die Hausaufgaben sind schon vielmals benannt worden: Eine rechtzeitige gute Teststrategie mit gezielten Schutztestungen statt mit Schrotladungen von Massentests; der rechtzeitige effektive Schutz der vulnerablen Bevölkerungsgruppen, insbesondere der Bewohnerinnen und Bewohner von Heimen; die rechtzeitige Ausstattung der Gesundheitsämter; ein rechtzeitiger effektiver Einsatz von effektiver Software. Viele Hausaufgaben des Freistaats Bayern sind bis heute nicht oder viel zu spät gemacht worden. Auch Ihre Entscheidungen oder nicht getroffenen Entscheidungen haben zum Infekti-

onsanstieg beigetragen. Da hilft auch kein Grundsatzreferat über die Grenzkilometer des Freistaats. Die vulnerablen Gruppen wurden in Bayern viel zu schlecht vor den Folgen von Corona geschützt.

Ich darf an dieser Stelle auch aus meiner Heimatstadt berichten. Anfang April hatten wir in Würzburg zwei Heime, in denen Todesfälle leider massiv und in großer Zahl aufgetreten sind. Nun ist nach sechs Monaten der Pandemiebekämpfung in einem Pflegeheim in meiner Heimatstadt das gleiche Ergebnis wieder aufgetreten. Zwanzig Tote waren in den Monaten Oktober und November zu beklagen. Diese Menschen mussten auch deshalb sterben – das muss man hier auch einmal so deutlich aussprechen –, weil es die notwendigen Unterstützungen und die notwendigen Regularien und Maßgaben im Freistaat zunächst einmal nicht im Ansatz gab, und dann erst viel zu spät. Einrichtungen wurden alleingelassen und nicht aktiv unterstützt.

Natürlich hat der Ministerpräsident mit dem Hinweis auf die steigenden Todeszahlen recht. Kein Toter kann uns ungerührt lassen. Aber diese Zahl an Toten lässt doch die konkrete Frage aufkommen, ob die Staatsregierung in Bayern rechtzeitig alles getan hat, um diese Todesfälle zu vermeiden. Leider muss diese Frage aus meiner Sicht mit Nein beantwortet werden. Daher ist es angesagt, über die eigenen Fehler nachzudenken, bevor man sich mit den Fehlern anderer befasst. Das erwarten wir auch in dieser ernsten Stunde in diesem Haus.

In dem Antrag der Regierungsfraktionen werden die Beschlüsse der Ministerpräsidentenkonferenz und die Beschlüsse des Kabinetts begrüßt. Sie werden auch noch einmal einzeln aufgeführt und unterstützt. Dann kommen die Aufforderungen an den Bund, finanzielle Hilfen zu leisten. Das alles können wir unterstreichen. Eine politische Vermisstenanzeige muss ich an dieser Stelle aber schon aufgeben und fragen: Wo sind denn eigentlich die Forderungen an die eigene Staatsregierung? Wo werden bayerische Hilfestellungen angesprochen? Welche Maßnahmen sollen im Freistaat Bayern ergriffen werden? – Hierzu erfahren wir leider kein Wort. Das wäre aber auch in dieser Debatte dringend notwendig gewesen.

(Beifall bei der SPD)

Von der angeblichen Herzkammer der CSU, der Landtagsfraktion, der angeblich so selbstbewussten Fraktion des so selbstbewussten stellvertretenden Ministerpräsidenten Aiwanger hören wir kein Wort dazu. Man belässt es beim Abnicken der Beschlüsse und bei einem weiteren Fingerzeig – drei Finger zeigen wieder zurück – auf den Bund. Damit werden Sie Ihrer Verantwortung in Bayern gegenüber den bayerischen Bürgerinnen und Bürgern in keiner Weise gerecht. Leider sind die Defizite, die in Bayern anzusprechen waren, nicht von den Regierungsfraktionen angesprochen worden. Vielleicht kann ich Ihnen an dieser Stelle nachhelfen.

Die Kulturhilfen des Freistaates Bayern wurden vom Ministerpräsidenten in der Regierungserklärung am 21.10. hier angekündigt. Am 27.10. wurde im Kabinett ein neues Hilfsprogramm für die Kulturschaffenden, insbesondere für die Solo-Selbstständigen mit dem Versprechen eines fiktiven Unternehmerlohns beschlossen. Heute, am 15.12., acht Wochen nach der Ankündigung, gibt es weder Förderrichtlinien noch ein Antragsformular noch eine Ankündigung, wann beides vorliegen soll. Das ist die Regierungspolitik, die Sie hier in diesem Hause mittragen.

Mein zweiter Punkt sind Schule, Bildung und Betreuung. Tatsächlich – und das ist unstrittig – ist das Krisenmanagement von Kultusminister Piazolo nicht anders als chaotisch zu nennen. Tatsächlich ist die Liste der Versäumnisse gravierend: Lehrermangel, die weitere Verwaltung von Mangel, Defizite bei der Digitalisierung, Kommunikationschaos. Die Bildungspolitik Bayerns krankt im Augenblick besonders am Missmanagement des bayerischen Kultusministeriums. Der letzte Akt in diesem Chaos ist die Ankündigung des Distanzunterrichts. Dann hieß es gestern Distanzlernen, heute doch wieder Distanzunterricht. Das Chaos ist bei Ihrem Agieren leider nicht die Ausnahme, sondern die Regel. Das nehmen alle in der großen Schulfamilie so wahr. Ja, Herr Minister, Ihr Agieren lässt Wut, Frust und Verzweiflung bei allen Beteiligten in der Schulfamilie steigen. Herr Kultusminister, Sie sollten sich schon fragen, ob Sie der Richtige in diesem Amt sind.

(Beifall bei der SPD)

Wir sind auch gespannt, wie lange Ministerpräsident Dr. Markus Söder noch zuschaut. Der Ministerpräsident ist doch für die Gesamtperformance der Staatsregierung verantwortlich. Er hat selbst durch manchen Aktionismus – das können die Koalitionäre mit Sicherheit hier noch einmal ausführen – zu diesem Chaos beigetragen, das der Minister allerdings noch steigern konnte.Natürlich – das sei an dieser Stelle auch deutlich gesagt – liegen viele Probleme im Agieren des Ministers begründet. Aber das Hauptproblem liegt doch in der Performance des Kultusministeriums insgesamt. Die Struktur und Arbeitsweise des Kultusministeriums ist doch über lange Jahrzehnte fast ausschließlich durch die CSU, durch die CSU-Staatsregierung, durch ihre Verantwortung und Mitverantwortung geprägt worden. Deswegen kann man den Ministerpräsidenten nur auffordern: Herr Söder, drücken Sie den Reset-Knopf für das Kultusministerium, sorgen Sie für einen personellen, organisatorischen und strukturellen Neuanfang im Interesse der Schüler, der Eltern, der Lehrer und der Bildungsgerechtigkeit im Freistaat Bayern!

(Beifall bei der SPD)

Vielleicht noch einige Punkte: Neben dem wichtigen Punkt, die physische und psychische Not zu lindern, sind das der Schutz für verwundbare Gruppen, der Schutz für die Heime, für die Krankenhäuser und die Unterstützung der Krankenhäuser. Auch dazu habe ich im Antrag der Regierungsfraktionen nichts gefunden.

Ein weiterer Punkt, den wir wirklich ansprechen müssen und den wir nicht weiterlaufen lassen sollten, ist immer der Versuch oder das schwer einzudämmende Verlangen, bei der Umsetzung der gemeinsam beschlossenen Maßnahmen auch dort einen draufzusetzen, wo es in Bayern nicht erforderlich ist, wo es regional nicht geboten ist, wo es keiner zusätzlichen Maßnahmen bedarf. Das führt zu Kurzatmigkeit. Das führt zu Dingen wie dem Ausschluss von Abholdiensten. Das führt zu sehr kruden Ausgangssperren, auch dort, wo die Inzidenzzahlen ganz anders sind. Das führt zur kruden Situa-

tion, dass gerade im Freistaat Bayern der Heilige Abend ein schwieriger Balanceakt wird: Kurz vor der Ausgangssperre sind die Messen zu beenden, um dann noch heimzukommen und nicht am Heiligen Abend einen Bußgeldbescheid über 500 Euro zu kassieren.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Ihre Redezeit, Herr Halbleib!

Volkmar Halbleib (SPD): Das ist schon eine spezielle bayerische Vorstellung.

Wir glauben, dass wir heute auch über die Perspektiven reden sollten. Dazu bleibt keine Zeit. Ich darf vielleicht ganz kurz der CSU und den FREIEN WÄHLERN zurufen: Ich darf Ihnen mehr Mut, mehr Kraft und mehr Selbstbewusstsein als Parlamentsfraktionen wünschen. Deshalb haben wir in diesem Parlament eigentlich den Antrag mit den wichtigen und richtigen Punkten gestellt. Wir bitten –

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Halbleib, vielen Dank. Ihre Redezeit ist zu Ende.

Volkmar Halbleib (SPD): – entsprechend dem Stellenwert des Parlaments um Zustimmung zu unserem Antrag. Heute können Sie das noch bekräftigen.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Halbleib, vielen Dank!

Volkmar Halbleib (SPD): Deswegen danke. Zusammenhalt, Zuversicht und Zukunft sind in unserem Antrag enthalten.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Halbleib, vielen Dank. – Es gibt noch eine Zwischenbemerkung von Herrn Abgeordneten Christian Klingen. Bitte bleiben Sie am Mikrofon.

(Volkmar Halbleib (SPD): Dann hätte ich mich gar nicht so beeilen müssen!)

Christian Klingen (AfD): Herr Halbleib, Sie haben der AfD ja vorgeworfen, wir wüssten nicht, welche Länder ohne Lockdown oder ohne harten Lockdown besser sind als Bayern. Die gibt es. Sie wollten drei Länder hören: Finnland hat 5,5 Millionen Einwohner. Bayern hat mit etwas mehr als doppelt so vielen Einwohnern zehnmal so viele Corona-Tote. Aktuell stirbt in Finnland fast keiner mehr an Corona. Das zweite Land ist Japan. Es hat zehnmal so viele Einwohner wie Bayern, aber nur halb so viele Corona-Tote. Aktuell liegt die Zahl der Corona-Toten im niedrigen zweistelligen Bereich. Das dritte Land wäre Thailand mit circa 70 Millionen Einwohnern, bislang 60 Corona-Toten und aktuell null Corona-Toten. Was sagen Sie dazu? – Sie haben ja behauptet, das wären alles Lügen, was die AfD sagt.

Volkmar Halbleib (SPD): Das habe ich nicht behauptet.

(Zuruf von der AfD: Doch!)

Sie haben keine Länder genannt. Es bleibt bei dem Vorwurf. Ihre Zwischenbemerkung macht das ja noch mal deutlicher: Finnland als Referenz zu nennen, ist bei der Weitläufigkeit des finnischen Staates und der geringen Bevölkerungsdichte ja geradezu lächerlich.

(Widerspruch bei der AfD)

Japan zu nennen, einen Inselstaat, bei dem der Ein- und Ausgang ganz klar kontrollierbar ist, ist ja geradezu lächerlich.

(Widerspruch bei der AfD)

Das beweist, dass Sie nicht sachlich orientiert argumentieren, sondern hier an den Haaren herbeigezogene Vergleiche predigen. Das ist Ihre Art, Politik zu machen: unverantwortlich und der Situation in keiner Weise gerecht werdend.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Danke schön, Herr Kollege Halbleib. – Nächster Redner ist Herr Kollege Matthias Fischbach für die FDP-Fraktion.

(Zuruf des Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD))

– Herr Winhart war bereits dran, Herr Fraktionsvorsitzender. Das haben Sie vielleicht auch mitbekommen. Ihr Redner war bereits dran. Jetzt ist Herr Fischbach dran. – Herr Fischbach, bitte sehr.

Matthias Fischbach (FDP): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! "Die Lage ist ernst, die Politik muss unverzüglich handeln." – So haben wir schon am 30. Oktober in unserem Dringlichkeitsantrag seitens der FDP-Fraktion geschrieben. Wir haben damals eine evidenzbasierte Strategie gefordert, weil es uns darum ging, die Prioritäten richtig zu setzen; nämlich dort, wo das gefährlichste Infektionsgeschehen zu vermuten und zu befürchten war.

Ob es jetzt um Distanzunterricht in oberen Jahrgangsstufen ging, um FFP2-Masken für vulnerable Gruppen oder andere Punkte, die inzwischen auch teilweise aufgegriffen worden sind: Ich glaube, es ist aus heutiger Sicht müßig, darüber zu diskutieren, wer damals richtiger lag. Das eigentliche Problem ist eben, dass wir aktuell eine sehr bedrohliche Entwicklung haben, die aus meiner Sicht heute noch ein bisschen zu kurz gekommen ist.

Es geht nicht nur um die allgemeinen Infektionszahlen. Schauen wir uns doch gerade einmal an, was wir im Infektionsumfeld der Alten- und Pflegeheime seit Mitte Oktober erleben: Die Zahlen schießen dort durch die Decke. Das ist inzwischen das häufigste zurückverfolgbare Infektionsumfeld, noch vor den Privathaushalten. Übrigens gilt das auch für die Inzidenz bei den über 80-Jährigen in Bayern. Das kann man auf der Homepage des LGL sehen: Inzwischen ist das von allen Altersgruppen die Gruppe mit der höchsten Inzidenz. Das macht mir noch größere Sorgen als die Seitwärtsbewegung der letzten Zeit und die jüngsten Ausschläge nach oben. Denn diesen Menschen droht am Ende ein schwerer Verlauf.

Das wissen wir übrigens nicht erst seit den letzten Wochen, sondern es war von Anfang an klar, dass der Schutz der vulnerablen Gruppen ganz vordringliche Aufgabe des Staates ist, gerade um diese schweren und tödlichen Verläufe zu verhindern.

(Beifall bei der FDP)

Aber wenn das so klar sein müsste, ist es mir umso unverständlicher, dass das beim jüngsten Beschluss der Ministerpräsidentenkonferenz erneut nur an elfter Stelle mit einem schmalen Absatz gewürdigt wird. Auch in der Infektionsschutzmaßnahmenverordnung der Staatsregierung ist es § 11. Das darf bitte nicht wieder repräsentativ für die Prioritätensetzung sein. Ich hoffe, das ist es nicht.

Wir haben heute viel über faktenbasiertes Vorgehen gesprochen. Dann müssen uns eben gerade auch diese extremen Ausbrüche bei den über 80-Jährigen alarmieren. Es ist unbestreitbar, dass das Pandemiegeschehen hier von uns allen unterschätzt wurde und nicht ausreichend und vor allem nicht rechtzeitig gehandelt wurde. Wenn sich das Virus in Alten- und Pflegeheimen offensichtlich wie ein Lauffeuer verbreiten kann, dann sollten wir deutlich mehr Anstrengungen darauf verwenden, diese zu schützen.

Wir begrüßen es daher, dass es da inzwischen auch Bewegung gibt. Wir sehen auch die Ankündigung, allerdings, wie gesagt, an nachgeordneter Stelle. Deswegen ist das aus unserer Sicht noch unbefriedigend. Wir brauchen zum Beispiel häufigere und engmaschigere Testungen, sowohl der Bewohner als auch der Besucher als auch des Personals. Nur allein mit einer Vorschrift wird es nicht getan sein. Die Heimbetreiber brauchen auch Unterstützung, Hilfestellung, zum Beispiel von der Bundeswehr, vom Medizinischen Dienst der Krankenkassen und anderen Organisationen. Das ist jetzt gefragt, und zwar proaktiv und nicht erst, wenn es zu spät ist, im neuen Jahr.

Wir machen in unserem Antrag auch eine ganze Reihe weiterer konstruktiver Vorschläge für flankierende Maßnahmen zum Schutz der Risikogruppen: zum Beispiel, die Riegelungsimpfung in Heimen zu prüfen. Vielleicht hilft das noch, vielleicht kann

man damit das eine oder andere noch eindämmen. Rücküberweisungen von Personen aus Krankenhäusern in Heime, die nicht negativ sind, sondern bei denen man nicht ausschließen kann, dass eine Infektion vorliegt, sollte man vielleicht verhindern. Dazu sollte man vielleicht gerade auch die Reha-Kliniken nutzen, um Kapazitäten für den Übergang zu haben, mit denen man Sicherheit gewährleisten kann. Nicht zuletzt sollte man schauen, wie man auch den Einsatz von Raumluftreinigungsgeräten in Heimen weiter fördern kann.

Ich finde: Statt Ausgangssperren für jedermann sollten wir auf Sicherheitsschleusen für die gefährdeten Bereiche setzen.

(Beifall bei der FDP)

Das heißt jetzt nicht, wie es vorhin beim Ministerpräsidenten ein bisschen angeklungen ist, dass wir die Alten einsperren und alle anderen Maßnahmen ignorieren wollen. Im Gegenteil. Wir tragen deshalb ja auch einen Großteil des Beschlusses aus Berlin mit. Nur kommt es eben ganz klar auf die Zielgenauigkeit an. Die Wirksamkeit der Maßnahmen ist das Entscheidende, nicht die Härte allein. Nirgendwo zeigt sich das übrigens deutlicher als bei diesen nächtlichen Ausgangssperren. Dass die ursprüngliche Rechtsverordnung jetzt schon angepasst werden musste, damit sich zum Beispiel Paare nachts nicht trennen müssen, wenn sie nicht verheiratet sind, zeigt, dass Sie zumindest einsichtsfähig sind. Aber es zeigt eben auch, dass Sie sich bei diesem Verbot grundsätzlich erst mal verrannt haben.

Wenn wir jetzt an Weihnachten denken, muss ich schon wirklich fragen: Gibt es hier vonseiten der Koalition einen, der jetzt fehlerfrei wiedergeben kann, wie die Besuchsregelung ist und was dann noch vernünftig zu machen ist und was nicht? – Da müssen wir schon sagen: Es ist doch absurd, dass jemand im Zweifel lieber in einer fremden Wohnung übernachten soll, als in die eigene Wohnung nach Hause zu fahren, wo nachts sowieso fast keiner auf der Straße unterwegs ist.

(Beifall bei der FDP)

Das kann nicht das Ergebnis sein, das Sie bewirken wollen. Es zeigt sich eben auch: Die Ausgangssperren sind unverständlich, lebensfremd, überzogen und deswegen auch unverhältnismäßig. Wir werden deshalb dem Dringlichkeitsantrag und allen Anträgen, die das unterstützen, nicht zustimmen können, weil wir eben die Notwendigkeit dafür nicht sehen und die Priorität an anderer Stelle setzen.

Nun aber zum Schluss der kritischste heute diskutierte Punkt – Sie ahnen es –: die Schulen. Ich muss ja sagen: Ich schätze unseren Kultusminister, Herrn Piazolo, und seine ruhige und freundliche Art sehr. Herr Söder – er ist abwesend – hat heute Mittag gesagt, dass Herr Piazolo auch redlich bemüht ist. Aber mit Verlaub: Sehen Sie sich an, was da vonseiten der Regierung aufgeführt worden ist. Das spottet jeder Beschreibung. Erst verbietet der Ministerpräsident quasi den Präsenzunterricht, dann sagt der Kultusminister den Distanzunterricht mehr oder weniger ab. Damit gäbe es de facto gar keinen Unterricht. Lehrer, Eltern und Schüler mussten sich dann darauf vorbereiten und ihre Pläne über den Haufen werfen, die Videosessions und alles, was für die nächsten Tage geplant war, wurden abgesagt. In manchen Orten wurden schon wieder Arbeitsblätter verschickt.

Nach der großen Aufregung rudert der Kultusminister wieder zurück und sagt kleinlaut, dass das alles nicht so gemeint war; ein bisschen Distanzunterricht ginge schon, aber nicht richtig, zumindest nicht so, wie in der Schulordnung vorgesehen, also nicht unbedingt mit Prüfung und so weiter und so fort. Das ist ja alles schön und gut. Jetzt sollen alle noch einmal umplanen. Damit ist doch das Chaos, das man mit dieser eigentlich laxen Regelung verhindern wollte, perfekt geworden, und zwar durch Ihr eigenes Handeln, durch das Hin und Her. Wir können uns keinen Schlingerkurs-Minister mehr leisten.

(Beifall bei der FDP – Zuruf)

– Das ist alles in Ordnung, Herr Streibl – Sie hatten das angesprochen. Wenn das nur einmal der Fall gewesen wäre, könnte man sagen: Fehler passieren überall einmal.

Dem ist aber nicht so. Die ständigen mebis-Zusammenbrüche und das Kommunikationschaos mit KMS von Piazolo begleiten uns seit neun Monaten durch die Krise im Schulwesen – immer wieder, immer wieder. Sorry, aber so kann es nicht weitergehen.

(Beifall bei der FDP)

Als vor einigen Wochen aus der CSU-Fraktion – Sie erinnern sich vielleicht – scharfe Kritik vom Kollegen Pschierer oder vom Kollegen Huber kam, haben wir uns sogar noch etwas zurückgehalten. Jetzt muss ich aber sagen: Langsam ist der Punkt erreicht, an dem der Geduldsfaden gerissen ist. Bei aller Liebe: Was ist es denn für ein Regierungshandeln, überhaupt in Erwägung zu ziehen, den in der Schulordnung ja extra für solche Fälle verankerten Distanzunterricht einfach abzusagen? Ob das aus Angst vor technischen oder organisatorischen Problemen war, ist nicht entscheidend. Unter dem Strich ist das eine Kapitulationserklärung für unser Bildungssystem.

(Beifall bei der FDP)

Ich sage es noch einmal: Wer aus Angst vor Versagen den gesamten Unterricht storniert, sollte sich überlegen, ob er im Amt des Kultusministers noch richtig ist. Das geht auch an den Ministerpräsidenten. Klar, es ist keine leichte Aufgabe, die für manche offensichtlich zu schwer ist. Ein guter Regierungschef erkennt das und verteilt dann die Aufgaben im Kabinett neu. Übrigens – das sage ich zum abwesenden Kollegen Aiwanger –: Auch ein Parteichef macht das.

Die neue Panne jetzt vor Weihnachten ist höchst bedauerlich. Insgesamt lautet meine dringliche Aufforderung: Die Regierung sollte nicht in den Winterschlaf verfallen. Wir sollten versuchen, dem Kultusministerium zu helfen, den Schulen vor Ort zu helfen, damit zum Ferienende das klappt, was der Ministerpräsident angekündigt hat.

Es ist – das sollten wir uns auch für die Zukunft merken – skandalös, wenn Schulleiter schneller über die Presse als über den Dienstweg informiert werden. Deswegen gilt es, wirklich alles zu tun, damit wir am 11. Januar wieder handlungsfähig sind und

damit zumindest mebis funktionstüchtig ist. Ich bin ja noch zurückhaltend. Ich spreche noch nicht einmal vom Digitalturbo, von dem eigentlich noch gar nichts angekommen ist. Nicht einmal die Dienst-E-Mail-Adressen wurden schon an die Lehrkräfte verteilt. Das ist über ein halbes Jahr her: Für die BayernCloud Schule waren 430 Millionen Euro angekündigt; Herr Finanzminister, Sie feiern jetzt 68 Millionen Euro im Haushalt. Das ist doch viel zu wenig.

Lassen Sie mich zu guter Letzt noch zusammenfassen, da ich nur noch 10 Sekunden habe: Wir brauchen eine verlässliche Perspektive für die Menschen. Das geht über den Bildungsbereich hinaus, umfasst ihn aber auf jeden Fall auch.

(Beifall bei der FDP)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Fischbach. – Es gibt eine Zwischenbemerkung. Frau Kollegin Tanja Schorer-Dremel von der CSU möchte Ihnen noch einmal eine Minute lauschen.

Tanja Schorer-Dremel (CSU): Sehr geehrter Herr Kollege, ich glaube, ich muss Ihr Wissen über die Schule ein wenig auffrischen; denn in diesen Tagen leisten Lehrerinnen und Lehrer aller Schularten mit den Kindern, für die Kinder und im Kampf gegen die Pandemie Großartiges. Ich finde Ihre Aussage, die sicherlich für einige Bereiche zutrifft, gegenüber den Lehrerinnen und Lehrern und den Schülerinnen und Schülern eigentlich nicht sehr fair. Sie sind froh, dass die Kinder nicht mehr in die Schule müssen, sondern zu Hause sein können, sie haben sich auf Wechselunterricht eingestellt und erbringen vor allen Dingen eine großartige Leistung für unsere Kinder. Ich finde, das sollte an dieser Stelle auch einmal gesagt werden.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Matthias Fischbach (FDP): Liebe Frau Kollegin, ich bin nicht dagegen, den Schulen und den Eltern Freiheiten zu lassen. Übrigens wird das in NRW so gemacht; dort ist

die Präsenzpflicht aufgehoben und den Eltern ist es freigestellt, ihre Kinder in die Schule zu schicken.

Ich zitiere einmal:

> Der bayerische Kultusminister Prof. Dr. Michael Piazolo ist für mich inzwischen eine klare Fehlbesetzung. Wir sind in Bayern – und dies zeigt die Corona-Krise mehr als deutlich – meilenweit von einem "digitalen Klassenzimmer" entfernt. Während in der mittelständischen Wirtschaft, in Vereinen und Verbänden schnell auf die Herausforderungen der Pandemie reagiert wurde, setzt der Kultusminister der FREIEN WÄHLER eindeutig die falschen Akzente. Statt sich um das Thema Digitalisierung und um einen maximalen Schutz von Schülern und Lehrkräften (Raumlüfter, Luftreiniger, FFP2-Masken etc.) zu kümmern, schlägt er eine Bonuszahlung für Schulleiter vor und streitet für eine höhere Besoldung von Grundschullehrern.
>
> Früher hieß das: Note ungenügend und Versetzung stark gefährdet!

Ich würde das, was Ihr Kollege Pschierer hier geschrieben hat, nicht eins zu eins unterschreiben wollen, muss aber doch festhalten: Der Kultusminister steht nicht zu Unrecht unter Beschuss.

(Beifall bei der FDP)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Fischbach. – Nächster Redner für die FREIEN WÄHLER ist Herr Kollege Dr. Fabian Mehring.

Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Keine fünf Tage ist es her, dass uns unsere Landtagspräsidentin, Ilse Aigner, in die parlamentarische Weihnachtspause verabschiedet hat, und schon sitzen wir alle wieder hier im Maximilianeum. Corona lässt einfach nicht locker. Wir bleiben im

politischen Sinne ein gutes Stück weit Getriebene eines galoppierenden Infektionsgeschehens.

Als ich vor geraumer Zeit an gleicher Stelle eine Zwischenbemerkung des von mir hoch geschätzten Markus Rinderspacher, der jetzt hinter mir sitzt, zu beantworten hatte, sorgte dies – so steht es wenigstens im Protokoll – noch für allgemeine Erheiterung im Hohen Haus, als ich ausführte, dass wir uns nun einmal in einer dynamischen Pandemielage befänden und Politik deshalb gar keine andere Wahl habe, als sich als lernendes System zu erweisen, ja sogar sich entlang des dynamischen Infektionsgeschehens immer wieder neu auszurichten, sich darauf einzustellen und dort, wo es möglich ist, auch zu korrigieren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich meine, aus heutiger Sicht wird an dieser These niemand mehr den geringsten Zweifel haben. Der Agenda-Setter der Politik nicht nur in Bayern, nein, in ganz Deutschland, in Europa, ja auf dem gesamten Erdball ist längst dieses Virus. Wir sind an die Agenda dieses Virus gebunden. Dieses Virus verstärkt seinen Würgegriff in diesen Tagen einmal mehr. Der Spielraum für wünschenswerte Entscheidungen ist in den letzten Tagen und Wochen immer und immer kleiner geworden, während die unerfreulichen, am Ende des Tages dann doch unausweichlichen Entscheidungen zwischenzeitlich unabwendbar sind. Man sieht dies schon auf der höchsten Ebene unserer Bundesrepublik bei der Ministerpräsidentenkonferenz. Wie war das denn noch vor wenigen Wochen, als stundenlang gestritten und beraten werden musste, und wie war es am vergangenen Sonntag, als man sich nach 45 Minuten einig war, nicht weil irgendjemand seine Sichtweise geändert hätte, sondern weil durch den Agenda-Setter COVID-19 einfach glasklar ist, was zu tun ist, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Wer jüngst noch versucht hat, die steigenden Infektionszahlen mit einer gesteigerten Testkapazität zu rechtfertigen, wer in der Vergangenheit noch nicht bereit war, sich um die Auslastung des medizinischen Systems in unserer Heimat Sorgen zu machen, ja, wer versucht war, mit Blick auf die Übersterblichkeit die Todeszahlen kleinzureden,

der, meine sehr verehrten Damen und Herren, muss spätestens heute leider anerkennen, von der Realität überholt worden zu sein.

Ich hatte gehofft, dies nie vor dem Hohen Haus in dieser Deutlichkeit sagen zu müssen, aber heute gilt es leider zu konstatieren, dass italienische Verhältnisse, dass das, was wir im März dieses Jahres mit Bildern aus Norditalien übermittelt bekommen haben, in Bayern leider näher ist, als uns lieb ist. Ja, meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist fünf vor zwölf. Wenn wir Triage auch in Bayern, wenn wir den vermeidbaren Tod von Menschen in unserer Heimat verhindern wollen, dann müssen wir jetzt entschlossen handeln.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Ich mache an dieser Stelle in dieser Parlamentswoche wie auch in der Vergangenheit, in den letzten Wochen zuvor, aus meinem Herzen keine Mördergrube, wenn ich zum Ausdruck bringe, wie schwer das auch und vielleicht sogar gerade uns FREIEN WÄHLERN fällt.

Selbstverständlich: Wir stellen den Kultusminister in Bayern. Ohne jede Frage hätten wir die Schulen gerne offen gehalten. Ja, wir stellen den bayerischen Wirtschaftsminister. Natürlich wäre es uns lieber gewesen, hätten wir auch jetzt noch die Chance, den Einzelhandel als Teil der Lösung begreifen zu können, statt ihn als Teil des Problems zu sehen und ihn schließen zu müssen.Natürlich hätten wir noch gerne das Weihnachtsgeschäft mitgenommen, um die Kompensations- und Hilfszahlungen so gering wie nur irgend möglich zu halten und um eine Verdichtung des Weihnachtseinkaufsgeschehens – wie wir das heute und gestern erlebt haben – ein Stück weit zu verhindern. Nicht die Unwichtigsten von uns haben auch medienöffentlich kundgetan, dass sie sich darüber gefreut hätten, an Silvester die eine oder andere Rakete als Neujahrsgruß in den Himmel über Bayern zu schießen. Auch ich zähle zu diesen Personen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir müssen aber angesichts eines eskalierenden Infektionsgeschehens und eines zunehmenden Kontrollverlusts, mit Blick auf 600 Tote pro Tag und alle damit verbundenen Schicksale anerkennen, dass all diese Diskussionen im Idealfall Diskussionen des nächsten Jahres sind.

Wer diese Diskussionen im nächsten Jahr überhaupt führen möchte, muss unser Land jetzt dazu in die Lage versetzen. Er muss sich jetzt hinter das stellen, was die Ministerpräsidentenkonferenz am Sonntag vorgeschlagen und das Bayerische Kabinett in gleicher Weise nachvollzogen hat. Ich gebrauche noch einmal das in der letzten Woche verwendete Bild des Fahrzeugs, das sich mit immer schnellerer Geschwindigkeit auf eine Wand zubewegt. Ich bin fest davon überzeugt: Wir müssen jetzt die Not- und die Handbremse ziehen, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall bei Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Handeln wir damit aber nicht zu spät? Hätten wir dies alles nicht schon früher machen sollen? – Unser Fraktionsvorsitzender Florian Streibl hat diesen harten Lockdown schon vor vier Wochen vorgeschlagen. Dies sind also durchaus berechtigte Fragen. Möchte man sie rein medizinisch beantworten, dann kann nach meiner festen Überzeugung die Antwort darauf gut und gerne "Ja" lauten. Am Ende des Tages geht es aber nicht ausschließlich um die Medizin, sondern um politische Entscheidungen, um Demokratie und das Zusammenwirken, um allgemeinverbindliche Entscheidungen für eine ganze Gesellschaft herzustellen. Es ist deshalb aus mindestens drei Gründen nötig gewesen, diese Entscheidung nicht schon in der Vergangenheit, sondern jetzt zu treffen.

Zum einen sage ich das deshalb, weil für mich einschlägig bleibt, was ich lamentohaft während vieler Wochen vor diesem Parlament zum Ausdruck bringe: Wir hängen nicht nur von klugen politischen Entscheidungen ab, sondern insbesondere davon, ob es uns gelingt, die Menschen mitzunehmen und sie davon zu überzeugen, dass es sinn-

voll ist, sich an die von uns vorgeschlagenen Maßnahmen am Ende des Tages auch zu halten.

Vor drei, vier oder fünf Wochen befanden wir uns in einer Situation, die wir heute kaum noch vor Augen haben. Angesichts des Lockdown light hatten sich manche noch für Epigonen Sophie Scholls gehalten. Wenn wir damals die heute notwendigen Entscheidungen getroffen hätten, hätte das unsere Gesellschaft auseinandergerissen. Damals galt: There is no glory in prevention. Es galt, den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit zu wahren, so, wie es in einer Demokratie zu Recht sein muss.

Bei 30.000 Neuinfektionen pro Tag ist heute nicht mehr verhältnismäßig, was damals bei 10.000 Neuinfektionen und 200 Toten pro Tag sowie einer erst beginnenden Auslastung der Krankenhäuser verhältnismäßig war. Heute erliegt alle 17 Minuten ein Mensch in Bayern dem Coronavirus, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Ähnlich verhält es sich mit einem zweiten Punkt, der für mich entscheidend ist und einen bundeseinheitlichen Konsens betrifft. Wir müssen uns ehrlich machen. Wir könnten heute nicht beschließen, was wir heute beschließen wollen, wenn es dafür keinen bundespolitischen Konsens gäbe. Allein wegen der Schließung des Einzelhandels sind 11 Milliarden Euro nötig. Bayern könnte dies nicht alleine leisten, zumindest nicht ohne die Wirtschaft an die Wand zu fahren.

Dies kann erst jetzt geschehen, da der bayerische Weg, den wir schon letzte Woche gegangen sind, mal wieder – wie schon im März – zur Benchmark geworden ist. Jetzt sind auch die anderen Bundesländer bereit, diesen Weg gemeinsam zu gehen. Damit ist auch die Bereitschaft sichergestellt, dass uns der Bund auf genau diesem Weg unterstützt. Dies ist nötig, um genau so handeln zu können, wie wir das jetzt richtigerweise tun.

Drittens und letztens, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist nun der richtige Zeitpunkt für richtiges Handeln, weil uns jetzt die Gunst des Kalenders in die Karten spielt. Das ist ein Aspekt, von dem ich wirklich überzeugt bin. Alle Maßnahmen, die wir auf den Weg

bringen und die eine positive Wirkung gegen COVID-19 haben können, haben auch immer Nebenwirkungen. Sie haben Nebenwirkungen für Wirtschaft, Kunst, Kultur, Sport und all die Themen, die wir seit Wochen landauf, landab in der Mitte der Gesellschaft miteinander diskutieren.

In der kalendarischen Phase über Weihnachten sind die Nebenwirkungen schlichtweg geringer als zu jedem anderen Zeitpunkt im Jahr; in anderen Phasen des Jahres fährt unser Land unter Volllast. Die Wirkung kann jetzt aber gleich groß sein. Jetzt ist der richtige Zeitpunkt, die Perspektive für das neue Jahr zu geben und in dieser ohnehin "staaden" Zeit die Infektionszahlen zu drücken.

(Zuruf)

Die Einschränkungen sind jetzt am geringsten und die Chancen, die wir damit fürs neue Jahr eröffnen können, am größten. Meine sehr verehrten Damen und Herren, deshalb handeln wir heute nicht nur richtig, sondern auch zum richtigen Zeitpunkt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Ich will abschließend die Gelegenheit nutzen, auf etwas hinzuweisen, das mir schon im Rahmen unserer letzten Plenarsitzung ganz besonders am Herzen lag. Wir müssen uns die Zeit des kontrollierten Herunterfahrens von Wirtschaft und Gesellschaft auch jetzt zunutze machen. Wir müssen in dieser Zeit einerseits – davon sprach ich letzte Woche – einen Bayernplan für den Exit entwickeln, weil nicht Angst und Depression die Motivation der Menschen sein kann, sondern eine Perspektive die Motivation für Menschen sein muss. Wir müssen klar aufzeigen: Wenn unsere gemeinschaftliche Anstrengung dazu führt, dass Infektionszahlen sinken, dann gehen die Einschränkungen zurück, und dann geht unser Leben zurück in Richtung Freiheit und Normalität. Das ist eine Baustelle.

Es gibt noch eine andere Baustelle: Wir sind dazu gezwungen, in dieser Zeit unsere Hausaufgaben mit Blick auf FFP2-Masken, Raumlüftung an den Schulen, Konzepte in

Alten- und Pflegeheimen und vieles mehr zu erledigen. Davon bin ich überzeugt. Meine sehr verehrten Damen und Herren, mit Blick auf die Corona-Warn-App will ich einen Punkt ganz besonders herausheben. Das betrifft etwas, was mich zunehmend ärgert. Wir wägen Gesundheitsschutz gegen unsere Wirtschaft ab. Wir wägen Gesundheitsschutz gegen Sport, Kunst und Kultur ab. Aber wir sind bis heute nicht bereit, Gesundheitsschutz gegen Datenschutz abzuwägen. Auch hier müssen wir uns noch ein Stück weiterentwickeln.

(Beifall bei Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Lassen Sie uns jetzt nicht die Geduld verlieren! Es gibt zum ersten Mal Licht am Ende des Tunnels. Der Impfstoff steht bereit. Das Dümmste, was wir jetzt tun könnten, wäre, uns auf den letzten Metern zu verheddern, bevor wir den Weg aus dieser Pandemie finden können. Lassen Sie uns deshalb noch einmal Umsicht und Vorsicht üben. Lassen Sie uns aber auch mit Blick auf den Impfstoff und all die angesprochenen Maßnahmen zuversichtlich sein. Wenn die Bayern-Gleichung "Umsicht, Vorsicht und Zuversicht" lautet, dann ist unser Land bestens aufgestellt, um gut durch diese Pandemie zu kommen. Das wünsche ich von Herzen.

Darüber hinaus wünsche ich Ihnen und euch allen von Herzen ein gesegnetes Weihnachtsfest. Lassen Sie uns alle gesund bleiben!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Mehring. – Es liegen drei Zwischenbemerkungen vor. Die erste Zwischenbemerkung macht Frau Kollegin Julika Sandt von der FDP-Fraktion.

Julika Sandt (FDP): Herr Kollege Mehring, Sie sagen, es sei glasklar, was zu tun ist. War nicht glasklar, dass eine zweite Welle zumindest nicht auszuschließen war? War nicht glasklar, dass man darauf hätte vorbereitet sein müssen? War nicht glasklar, dass man rechtzeitig digitale Bildung hätte ermöglichen müssen? Wie sehen die Per-

spektiven aus? Wann wird digitale Bildung sowohl in der Stadt als auch im ländlichen Raum funktionieren, wo zum Teil die Breitbandanbindung fehlt? Im Stimmkreis, in dem ich und der Kultusminister leben, beschweren sich viele Schulen darüber, dass der Distanzunterricht seit Wochen überhaupt nicht funktioniert. Es gibt Beschwerden darüber, dass es außer in Physik und Informatik praktisch keinen Unterricht gibt, so keinen Unterricht in den Fächern Deutsch, Mathe oder Englisch.

Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Es ist eine Mär, zu behaupten, wir hätten den Sommer nicht zur Vorbereitung genutzt. Sie wird auch durch ständige Wiederholung nicht wahr. Wir haben uns mit Blick auf die Kapazitäten des medizinischen Systems, im Bereich der Digitalisierung und selbstverständlich auch im Bereich der Schulen in vielerlei Hinsicht vorbereitet. Nichtsdestoweniger gilt: In neun Monaten können nicht Dinge auf den Weg gebracht werden, die normalerweise eine Vorlaufzeit von fünf bis zehn Jahren benötigen. Hier wurde intensiv gearbeitet und das Beste getan.

Ich wundere mich aber insbesondere hinsichtlich einiger Einlassungen der FDP, die ich heute den Medien entnehmen konnte, über ein paar Dinge: Ich frage mich, ob der FDP überhaupt der Unterschied zwischen Distanzunterricht und Distanzlernen klar ist. Ich frage mich, ob zur Kenntnis genommen wird, dass Bayerns Kultusminister eins zu eins das umsetzt, was am Sonntag in Berlin beschlossen worden ist.

Ich habe zunehmend den Eindruck, dass bei der Art und Weise, wie jetzt agiert wird und wegen zwei oder drei Schultagen Rücktrittsforderungen laut werden, außer Acht gelassen wird, dass dort, wo die FDP die Kultusminister stellt, wie beispielsweise in NRW, komplettes Chaos ausgebrochen ist. Dort hat man nicht so besonnen gehandelt, wie dies Michael Piazolo getan hat. Dort hat man die Präsenzpflicht aufgehoben; Lehrer warten dort am Morgen in einem absoluten Chaos darauf, wer überhaupt zur Schule kommt. Das gleicht einer Wundertüte und ist unverantwortlich. Wir in Bayern machen es besser!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Die nächste Zwischenbemerkung macht der Kollege Toni Schuberl von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Toni Schuberl (GRÜNE): Herr Kollege, wir GRÜNE wollen, dass der MPK-Beschluss umgesetzt wird, damit es bundeseinheitliche Regeln gibt. Sie weichen davon ab. Im Entwurf der Elften Infektionsschutzmaßnahmenverordnung steht in § 12 Absatz 1 Satz 1, dass auch Abholdienste untersagt sind. Im MPK-Beschluss steht drin, dass die Abholdienste von der Schließung ausgenommen sind. Im MPK-Beschluss steht auch drin, dass in den Supermärkten der Verkauf von Non-Food-Produkten, die in den geschlossenen Geschäften nicht verkauft werden können, beschränkt werden kann. Er darf auf keinen Fall ausgeweitet werden. Davon findet man in der Infektionsschutzmaßnahmenverordnung auch nichts. Warum weichen Sie hier ab, und warum bleiben Sie nicht auf Linie?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Herr Kollege Schuberl, zwei Anmerkungen dazu. Zum einen gibt mir das die Chance, noch auf den Anwurf aus der Debatte zu reagieren, der immer heißt: Weshalb bringen sich die Regierungsfraktionen nicht kritisch ein? – Selbstverständlich tun die Regierungsfraktionen das. Wir tun das aber so, wie das bei konsequentem und verlässlichem Regierungshandeln, wie es jetzt in der Krise nötig ist, richtig ist: im Vorfeld. Selbstverständlich tragen die Beschlüsse des Bayerischen Kabinetts, die gestern so gefasst wurden, auch die Handschrift beider Regierungsfraktionen. Selbstverständlich waren wir da über das Wochenende intensiv eingebunden. Das führt dazu, dass wir uns heute hinter das stellen, was das Kabinett beschlossen hat. Sie haben das inhaltlich hinreichend beschrieben.

Allerdings darf ich darüber hinaus, um konkret auf die Frage nach dem Einzelhandel zu antworten, auch ausdrücklich sagen, dass es Wunsch unserer Regierungsfraktion ist, da zu Abhollösungen zu kommen. Wir wollen also, den Infektionsschutz wahrend, die Chance haben, Abhollösungen auf den Weg zu bringen. Da gab es heute im Ver-

lauf des Tages – alles natürlich mit heißer Nadel gestrickt; es geht angesichts des Pandemiegeschehens nicht anders – schon eine Reihe von Gesprächen. Ich hoffe sehr und bin zuversichtlich, dass wir da zu einer guten Lösung kommen.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Nun die Zwischenbemerkung von Herrn Abgeordnetem Ferdinand Mang, AfD.

Ferdinand Mang (AfD): Sehr geehrter Herr Kollege Dr. Mehring, Sie haben sehr viel davon gesprochen, das Virus würde Agenda Setting betreiben. – Agenda Setting betreiben ausschließlich die Massenmedien. Agenda Setting ist eine Manipulationsmethode, die die Massenmedien verwenden. Das herrschende Agenda Setting ist, dass wir uns alle impfen lassen sollen. Da möchte ich Ihnen ein Zitat von Bundesgesundheitsminister Spahn vorhalten – das finden Sie auch auf der Webseite des Bundesgesundheitsministeriums. Und zwar sagt Spahn: "Wir wissen nicht, welcher Impfstoff wirklich wie wirkt. Und wir wissen noch nicht, wie lange die Immunität anhält."

(Beifall bei der AfD)

Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Herr Kollege Mang, ich darf Ihnen als promovierter Politologe zunächst versichern, dass es sich beim Begriff "Agenda Setting" um einen Fachterminus aus der Politikwissenschaft handelt, der darauf verweist, wer die prioritär zu besprechenden politischen Themen setzt. Im Moment – darauf wollte ich hinweisen – haben darüber leider nicht wir das Primat. Das Primat darüber hat auf diesem ganzen Erdball für den Moment eine Pandemie. So war das gemeint, was ich zur Frage des Agenda Settings ausgeführt habe.

Ich persönlich bin sehr dankbar für die von Ihnen gescholtenen Massenmedien, weil wir – ich hatte das ausgeführt – die Menschen mitnehmen müssen. Ich finde die Art und Weise, wie uns Qualitätsjournalismus auf diesem Weg begleitet, in Bayern absolut vorbildlich. Ich freue mich auch nicht über jeden Bericht, den ich in der Zeitung lese; aber in Summe wird da mit großer Vernunft und großer Sachkenntnis argumentiert

und Bericht erstattet. Das ist einer der Gründe dafür, warum unser Land besser durch die Krise kommt als andere Länder.

Zum Impfen noch mal die klare Aussage: Ich bin Gegner einer Impfpflicht. Ich persönlich habe einen 90-jährigen Großvater zu Hause und bin verdammt froh, wenn man mich endlich impfen kann, sodass ich sicher und gelassen zu ihm gehen kann, wenn ich aus München zurückkomme.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Mehring. – Nächster Redner ist der fraktionslose Abgeordnete Raimund Swoboda.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Warum bin ich über die heutige Pseudo-Debatte nicht verwundert? – Weil es wieder ein Scheingefecht der "CSU-genkonstruierten Parlamentsdemokratie" war – ohne echte Opposition, aber mit Schulterschlussdemokraten

(Zuruf)

zur Bestätigung der katastrophalen Söder-Corona-Politik. Von den Oppositionsstühlen kamen die üblichen Forderungen nach einer längst überfälligen Strategie; doch eine eigene Fantasie dazu, einen praktikablen Plan habe ich nicht gehört.

Wer behauptet, die Söder-Regierung habe keine Strategie, der ist ein Ignorant oder hat keine Ahnung, wie Strategie geht. An den Taten der "Christlichen Bayern Union" kann man das erkennen. Sie haben eine langfristig angelegte Strategie, einen Plan,

(Zuruf)

wie Sie die Corona-Krise lösen wollen: mit Impfungen. Begründung: Es gibt nichts anderes. Zwar gab es den Impfstoff auch nicht, aber es kam das "Impfwunder"! Was üblicherweise zehn Jahre dauert, schaffte man in weniger als einem Jahr: das neuartige, gentechnisch konstruierte Impfserum, das das menschliche Immunsystem auf Abwehr

gegen das Virus programmiert. Das ist eigentlich eine gute Sache und möglicherweise wirkungsvoll. Wenn das klappt, können viele gefährliche Krankheiten wie zum Beispiel Krebs mit Hilfe genmanipulierter Mittel geheilt werden. Aber das ist ein großes Vielleicht, und es gibt Impfskeptiker.

Nun wäre noch die Frage zu lösen: Wie bringt man die Bevölkerung auf Impfkurs? – Dafür hat man Visionen, Ziele und Maßnahmen.

(Zuruf)

Heute haben wir ein bisschen was davon gehört. Man macht das, wie man es immer macht: Horrorszenarien! Man schiebt Alte und Kranke vor; man gibt scheibchenweise Virusgefahr bekannt; Überlastung der Intensivmedizin wird beschworen; exponentielle Infektionsausbreitung; dann kommt schließlich noch die dritte Welle. Den erforderlichen Grundrechtsentzug kann man mit den Propagandamedien ganz klar in die Schädel der verängstigten Bevölkerung einbläuen.

(Zuruf)

Der Herr Söder hat diese Linie hervorragend verstanden. Das wird er auch weiterhin tun. Seine Devise: Es geht um Leben und Tod. Es geht um Solidarität mit den Schwachen. Es geht um Vorsicht und Einsicht. Es geht um Geschlossenheit durch Abstand. – Deshalb haben wir jetzt diese "Weihnachtsalbtraum-Abstandsphilosophie". Charles Dickens‘ – ich habe es vorhin schon mal erwähnt – Ebenezer Scrooge lässt grüßen.

(Zuruf)

Das Leben der Menschen wurde von dem starken CSU-Staat, Ihrem Staat, völlig auf den Kopf gestellt. Welch eine nie dagewesene Strategie wurde hier von Ministerpräsident Dr. Söder gefahren und auch durchgesetzt, und das bundesweit! Das soll Ihnen einer einmal nachmachen. Ich kenne da keinen, hier nicht und auf Bundesebene auch nicht, der das könnte. Söder kann es, und er kann mehr: Er kann auch Kanzler.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir erleben das gerade. Er setzt mit aller Macht auf den Quantensprung in der Humanmedizin. Er will den Einstieg in die genmanipulierte Impfung erreichen. Die Impfung wird kommen. Da bin ich mir sicher. Er will sie ja haben. Das Ergebnis ist allerdings ungewiss. Kollateralschäden sind nicht ausgeschlossen.

Mir kommt da ein bitterer Gedanke: Die Staatsregierung war in neun Monaten nicht in der Lage, den Mangel an Personal und Betten auf den Intensivstationen zu beheben, und heute hält sie hier im Parlament Trauerreden um die vielen Toten und über die Probleme in der Intensivmedizin – welch eine Farce! –,

(Zuruf)

obwohl sie doch ganz genau wusste – horchen Sie zu, Frau Gabi Schmidt! –,

(Zurufe)

dass eine Lageverschärfung kommen wird. Keine Clusterbildung, keine Trennung der Infektionsmedizin von der allgemeinen Medizin, keine Vorsorge, keine getrennten Seuchenkliniken,

(Zuruf)

aber der Aufbau und die Ablauforganisation hochkomplex und kompliziert. Sie konnte die größte Impfaktion aller Zeiten in Bayern aus dem Boden stampfen – von jetzt auf gleich. Die stehen alle Gewehr bei Fuß.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Swoboda, Ihre Redezeit ist zu Ende!

(Zuruf)

Raimund Swoboda (fraktionslos): Ein Schelm ist, wer dabei etwas Schlechtes denkt. Zum Schluss sage ich Ihnen: keine Zustimmung zu so einer Strategie!

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Aber jetzt bleiben Sie bitte trotzdem noch am Mikrofon. – Es gab gerade noch rechtzeitig eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung von Herrn Kollegen Andreas Krahl, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

(Zuruf)

– Nein? Es war ein Versehen. Tut mir leid, Herr Swoboda. Das war voraussichtlich die letzte Rede in diesem Jahr.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Sie entlassen mich zurück auf meinen Platz.

(Heiterkeit)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Nun hat Herr Abgeordneter Christian Klingen von der AfD-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Christian Klingen (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Als wir im Frühjahr den ersten Lockdown beschlossen hatten, hat die AfD die Maßnahmen der Regierung unterstützt, und zwar einfach deshalb, weil wir über das Virus nichts wussten. Da ist man mit Vorsicht einfach auf der sicheren Seite. Jetzt befinden wir uns mitten in der zweiten Welle, haben einen Impfstoff und wissen wieder einmal nichts.

Wir wissen nur, dass der deutsche mRNA-Impfstoff in das Erbgut eingreifen soll oder auch nicht. Wir wissen, dass er Frauen unfruchtbar machen kann oder auch nicht; denn dieser Impfstoff ist alles andere als hinreichend getestet. Erwiesen ist immerhin, dass er für Allergiker ungeeignet ist. Weitere Nebenwirkungen sollen sich im Laufe der Zeit herausstellen. Das bedeutet, wir schlittern hier sehenden Auges in ein bundesweites Experiment am lebenden Menschen. Auch wenn unser Bundesgesundheitsminister Jens Spahn beschwichtigend verkündet hat, mit ihm würde es keine Impfpflicht geben, hat unser werter Ministerpräsident bereits ein anderes Ansinnen bekundet. Markus Söder würde eine Impfpflicht befürworten. Wenn ich richtig informiert bin, lau-

fen Medikamententests eigentlich auf freiwilliger Basis. Deshalb fordere ich sowohl die Regierungsmitglieder als auch die Landtagsabgeordneten auf, ihren freiwilligen Dienst am Volk zu leisten.

(Beifall bei der AfD)

Wer eine Impfung gegen COVID-19 befürwortet, sollte, sobald Impfstoffe verfügbar sind, beispielgebend vorangehen. Hier bin ich ausnahmsweise mit Wolfgang Schäuble einer Meinung, der Parlamentarier und Spitzenbeamte bei der Corona-Impfung vorrangig behandelt sehen möchte. Eine vertrauensbildende Maßnahme ist auch dringend erforderlich; denn heute hat die Zeitung "DIE WELT" geschrieben, dass die Impfbereitschaft der Bürger jeden Tag ein Stückchen mehr sinkt. Mittlerweile soll sich nur noch jeder Zweite zur Impfung bereit erklären.

(Beifall bei der AfD)

Ich stelle mir vor, dass hier im Landtag, unter ärztlicher und notarieller Aufsicht, vor laufender Kamera diejenigen geimpft werden, die sich für eine Zulassung des Impfserums einsetzen, selbstverständlich alles auf freiwilliger Basis. Die Impfstoffe sowie die Spritzen werden vorher stichprobenartig auf ihre Echtheit überprüft. Mitglieder von Parteien, die einem noch nicht hinreichend getesteten Impfstoff kritisch gegenüberstehen oder ihn ablehnen, können als ungeimpfte Kontrollgruppe fungieren.

(Beifall bei der AfD)

Die Auswirkungen in den jeweiligen Gruppen sollen dann monatlich überprüft und im Quartalsrhythmus anonym veröffentlicht werden. Hintergrund der Aktion: Viele Menschen fühlen sich in eine Zwickmühle gepresst. Die einen befürchten, ohne Impfung möglicherweise vom öffentlichen Leben bald ganz oder teilweise ausgeschlossen zu werden, die anderen scheuen sich vor einer Impfung mit einem unzulänglich getesteten Wirkstoff. Verschärfend wirkt hier, dass die Haftungsfrage laut Frau Gesundheitsministerin Huml noch nicht geklärt ist. Nachdem die Herstellerfirmen von der Haftung

befreit sind, kann derzeit niemand für mögliche Nebenwirkungen oder Spätfolgen belangt werden. Meine Damen und Herren, Sie haben hier die einmalige Chance, Ihren Wählern zu zeigen, dass auch Sie bereit sind, ein Risiko einzugehen, und dass Sie das nicht nur von den Bürgern einfordern.

(Beifall bei der AfD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Klingen, bitte bleiben Sie noch am Mikrofon. – Wir haben jetzt tatsächlich zwei Zwischenbemerkungen. Die erste kommt von Herrn Kollegen Albert Duin von der FDP.

Albert Duin (FDP): Herr Kollege Klingen, das war ja wohl eine Unverschämtheit, was Sie jetzt wieder gebracht haben. Ich wäre der Erste, der sich hinstellt, wenn man mir sagt, ich könnte mich impfen lassen. Diese ganze Verweigerungshaltung ist eine Unverschämtheit. Meine Tochter und mein Sohn fahren im Rettungsdienst. Am 14. Dezember abends waren alle Krankenhäuser dicht! Sie waren alle auf Rot! Kein Krankenhaus hat noch aufgenommen! Das war irre! Alles ist mit COVID-19-Patienten überfüllt! Was soll diese Verleugnung? Natürlich werden wir uns alle impfen lassen! Davon bin ich überzeugt! So eine Frechheit!

(Lebhafter Beifall)

Christian Klingen (AfD): Das können Sie gerne machen. Das ist doch klasse. Dann sehen das alle Wähler. Von der AfD werden das wahrscheinlich nicht so viele Abgeordnete machen, weil diese Impfstoffe noch nicht getestet sind. Das ist die Sache jedes Einzelnen. Es gibt zum Beispiel keinen mRNA-Impfstoff gegen Tollwut. Im Jahr 2018 ist zwar einer herausgekommen, er ist aber nicht zugelassen. Deshalb kann man entweder abwarten, bis ein normaler Impfstoff kommt, oder man lässt sich auf dieses Experiment ein. Dann können wir vierteljährlich vergleichen.

(Beifall bei der AfD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Nun zur Zwischenbemerkung von Herrn Kollegen Andreas Krahl vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Andreas Krahl (GRÜNE): Herr Kollege Klingen, jetzt muss ich auf Ihr Niveau herunterkommen. Das ist echt schwierig bei den abstrusen Dingen, die Sie hier verlauten haben lassen. Unabhängig davon, dass Sie sich noch nicht damit auseinandergesetzt haben, was ein mRNA-Impfstoff überhaupt ist, fehlt bei den ganzen Verschwörungstheorien, die Sie vorbringen, nur noch, dass Sie überprüfen möchten, ob in diesen Impfstoffen Mikrochips drin sind. Hat die AfD-Fraktion diese Verschwörungstheorie nicht googeln können, als sie diesen Antrag erstellt hat?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Christian Klingen (AfD): Sie können ja bei diesem Experiment mitmachen. Bisher ist es sehr umstritten. Das kann man heute in der "WELT" nachlesen. Hätten Sie zugehört, dann wüssten Sie, dass es noch keine zugelassenen mRNA-Impfstoffe gibt. Machen Sie bei diesem Experiment mit, dann werden Sie sehen, was dabei herauskommt. Wir können dann vierteljährlich in diesem Hohen Hause überprüfen, wer krank wird und wer nicht. Ich habe von vielen Krankenhausbediensteten gehört, dass sie diesem Impfstoff sehr skeptisch gegenüberstehen. Auch Ärzte gehören dazu.

(Beifall bei der AfD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Klingen. Mir liegen keine weiteren Zwischenbemerkungen mehr vor. – Nun hat Herr Kollege Bernhard Seidenath von der CSU-Fraktion das Wort.

Bernhard Seidenath (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Dringlichkeitsantrag der CSU und der FREIEN WÄHLER bringt es klar zum Ausdruck: Die Maßnahmen der Staatsregierung sind richtig. Wir stehen voll hinter diesen Maßnahmen. Es geht darum, Menschenleben zu retten und die Grundrechte "Leben" und "Gesundheit" zu schützen. Wir

sehen die Belastungen der Menschen, wir halten aber die Maßnahmen angesichts der Schwere der Bedrohungen durch das Virus für geeignet, für erforderlich und für verhältnismäßig.

Zu den Dringlichkeitsanträgen: Die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN gibt sich heute staatstragend. Ohne den zweiten Absatz könnten wir diesem Antrag zustimmen. Damit hätte ich kein Problem. Ich muss heute sogar Frau Kollegin Schulze loben, weil sie sich gegen die despektierliche Äußerung gegen Corona-Tote, sie seien eben alt gewesen, gewandt hat. Sie haben das zu Recht gebrandmarkt. Eine solche Aussage ist in der Tat menschenunwürdig und inhuman. Was Frau Schulze nicht gesehen hat, ist der Umstand, dass wir uns in der CSU-Fraktion seit Langem für den Öffentlichen Gesundheitsdienst einsetzen. Ich darf daran erinnern, dass wir als Fraktion die Amtsarztquote im Medizinstudium eingeführt haben. Diese Maßnahme wird ab dem Herbst 2021 erstmals greifen. Das war eine kleine Nachhilfestunde.

In Ihrem zweiten Absatz, mit dem wir Probleme haben, haben Sie erklärt, dass wir eine Corona-Kommunikationsoffensive bräuchten. Ich würde Ihnen recht geben angesichts der Fake News, die wir gerade von Herrn Klingen gehört haben, dass eine Impfung das menschliche Erbgut beeinflussen würde. Das ist völliger Nonsens. Auch die Feststellung, dass der Ministerpräsident eine Impfpflicht befürworte, ist nicht zutreffend. Das hat er auch immer wieder betont. Diese Behauptung darf sich hier gar nicht einschleifen.

Im Internet kursiert ein Fahrplan, mit dem aufgezeigt wird, dass die Freiheiten der Menschen mehr und mehr beschnitten werden sollen. Das soll dann schließlich zu einer Versklavung der Menschen führen. Wer sich ein bisschen auskennt, weiß, dass ein solcher Fahrplan nicht existiert. Das ist bewusst übelwollend platziert worden von Menschen, die unser Land destabilisieren und der Gesundheit der Menschen schaden wollen. In den letzten Tagen wurde das Foto der Ministerpräsidenten lanciert, die gut gelaunt gemeinsam und ohne Maske Plätzchen essen. Dieses Bild wurde im Ad-

vent 2019 aufgenommen und ist nicht aktuell. Das sind Fake News par excellence. Man darf nicht alles glauben, was vermeintlich zur Aufregung Anlass gibt.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Auf dieser Basis noch einmal zu der Forderung der GRÜNEN nach einer Info- und Aufklärungskampagne. Fakt ist doch: Keine Katastrophe und keine Krise wurde so gut erklärt wie diese. Über keine Katastrophe konnten sich die Menschen so gut informieren wie über die Corona-Pandemie. Fast täglich gibt es Pressekonferenzen. Jeder ist bestens informiert. Ich frage mich, was Sie da noch draufsetzen wollen. Wollen Sie eine Einschaltpflicht bei Pressekonferenzen unseres Ministerpräsidenten? In jedem Fall ist es allgemeinbildend, Markus Söder zu lauschen und seinen Pressekonferenzen zuzuhören. Ich kann das wirklich nur empfehlen. Wir brauchen aber keine eigene Info- und Aufklärungskampagne. Das passiert schon.

Sie werfen uns ein ständiges Hin und Her vor. Meine Damen und Herren, für Corona gibt es nun einmal keine Blaupause.Sie fordern vorausschauendes und planbares Handeln. Das geht ja gar nicht. Wir können nun mal keinen Fahrplan aufstellen, wann was zugemacht wird. Wir müssen das doch von der Entwicklung abhängig machen. Es geht um Verhältnismäßigkeit. Wir brauchen ein geeignetes und erforderliches Vorgehen. Es darf kein milderes Mittel zur Verfügung stehen. Das muss ständig überprüft werden. Deswegen geht das so nicht. Wenn Sie den zweiten Absatz streichen würden, könnten wir Ihrem Antrag zustimmen, ansonsten nicht. Ein Absatz ist schlecht, alle anderen sind gut.

Dasselbe gilt für den Dringlichkeitsantrag der SPD, nur andersherum. Da ist ein Absatz zustimmungsfähig, alle anderen sind nicht zustimmungsfähig. Sie fordern uns zu Dingen auf, die allesamt schon erfüllt sind, lieber Herr Kollege Halbleib. Mit diesen Aufforderungen erwecken Sie den Eindruck, dass die Staatsregierung das versäumt, gar geschlafen habe. Das stimmt nicht. Sie garnieren das auch noch mit harschen

Worten, ohne dass wir für Ihre Kritik eine sachliche Grundlage erkennen können. Wir müssen Ihren Dringlichkeitsantrag deshalb ablehnen.

Zum Dringlichkeitsantrag der AfD: Wie wollen Sie Risikogruppen in den Alten- und Pflegeheimen, aber auch die, die zu Hause leben, schützen, wenn Sie dem Virus bei allen anderen freien Lauf lassen? Es gibt Verschränkungen durch Pflegerinnen und Pfleger sowie ambulante Pflegedienste. Ihr Vorschlag ist ein Irrsinn, Ihr Vorschlag ist ein unethischer Menschenversuch.

(Beifall – Zuruf)

Ihr Antrag ist alles in allem verquer. Genauso verquer war die Rede des Kollegen Winhart. Herr Kollege Winhart, ich kann nicht beurteilen, ob Sie selbst glauben, was Sie da von sich gegeben haben. Auch die Antwort auf die Zwischenbemerkung des Kollegen Bausback war bezeichnend. Sie haben uns vorgeworfen, was Sie selber fordern. Ihr Dringlichkeitsantrag ist also ein Irrsinn. Ihr Reden und Ihr Denken ist alles in allem verquer. Da fehlt es am kleinsten gemeinsamen Nenner.

Die FDP mäandert in ihrem Antrag wie immer. Ich habe auch diesmal keine klare Linie erkennen können. Der Antrag wird zwar immer länger, aber keineswegs besser. Dass er länger wird, liegt wohl daran, dass Sie Ihre Anträge Woche für Woche stetig weiter ergänzen, auch dann, wenn Sie mal die Meinung ändern. Deshalb kommt ein Gebilde wie mit archäologischen Schichten und mit Widersprüchen heraus. Sie wollen mehr Schärfe, aber gleichzeitig Lockerungen in Aussicht stellen. Sie wollen bürgerliche Freiheiten zurückgewinnen, aber eine Reservierungspflicht für den Regional- und Fernverkehr. Das passt nicht zusammen. Der Lockdown light sei zu schwach, bei "Jetzt red i" sagen Sie, er sei zu hart gewesen. Sie fordern wieder Massenschnelltests wie in Österreich.

(Zuruf)

Dort hat sich aber gezeigt, dass das Mittel verpufft, weil sich nur 13,5 % der Menschen beteiligt haben.

Meine Damen und Herren, gestatten Sie mir zum Schluss noch ein persönliches Wort. Ich bin seit 2008 Abgeordneter. Seitdem mache ich Weihnachtsbesuche bei Institutionen, die rund um die Uhr, 24 Stunden am Tag, 7 Tage die Woche, 365 Tage im Jahr für uns da sind. Das sind die Menschen in den Pflegeheimen und Krankenhäusern, die Mitarbeiter in den Rettungswachen, die Busfahrer, die Polizei.

Ich gehe da am Heiligen Abend hin, um im Namen der Gesellschaft ein Dankeschön für den Dienst an der Gemeinschaft zu sagen. Dieser Dienst an der Gemeinschaft fällt an Heiligabend, wo alle bei der Familie sind, besonders auf. Deswegen sage ich im Namen der Gemeinschaft ein herzliches Dankeschön.

Ich habe das zwölf Mal gemacht. In diesem Jahr wird es coronabedingt nicht möglich sein. Deswegen bitte ich darum, die Zeit hier an dieser Stelle dafür nutzen zu dürfen, diesen Menschen im Namen der gesamten Gesellschaft ein "Vergelts Gott" zu sagen.

Ich möchte Dr. Björn Johnson und seinem Team im Krankenhaus Markt Indersdorf Danke sagen, Thomas Rauscher und Stefan Priller mit allen Beamten der Polizeiinspektion Dachau, die ich sonst immer pünktlich zur gleichen Zeit besucht habe; dieses Jahr geht das leider nicht. Ich möchte Reinhold Dippold und allen Fahrerinnen und Fahrern der Stadtbusse Dachau und Frau Marie Praß Cuenca vom BRK Dachau und Timo Weiersmüller stellvertretend für alle Notfallsanitäter, Rettungsassistenten und Rettungssanitäter in der Rettungswache des Roten Kreuzes in Gröbenried danken. Außerdem danke ich den Diensttuenden des Krisendienstes Psychiatrie in Oberbayern sowie Dr. Monika Baumgartner-Schneider und allen Mitarbeitern des Gesundheitsamtes in Dachau.

Ich kann deshalb am Ende dieser meiner Rede, aber auch am Ende der heutigen Sitzung und am Ende des Jahres 2020 nur sagen: Halten wir bitte alle zusammen! Halten wir uns bitte an die ab morgen geltenden Regelungen, um die Grundrechte

"Leben" und "Gesundheit" der Menschen in unserem Land effektiv zu schützen. An Weihnachten feiern wir, dass Jesus als das Licht der Welt auf die Welt kommt. Die Tage werden wieder länger, der Impfstoff kommt, und wir dürfen begründete Hoffnung haben, dass die Katastrophe irgendwann ein Ende hat.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Die Rede wird auch länger.

(Heiterkeit)

Bernhard Seidenath (CSU): Wir werden mit diesem Optimismus auch die schwere Zeit der nächsten Wochen und Monate überstehen. Das wünsche ich Ihnen allen und danke Ihnen herzlich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Seidenath. – Wer gedacht hat, die Sitzung sei jetzt schon zu Ende, der unterschätzt den Kollegen Volkmar Halbleib. Eine Zwischenbemerkung!

Volkmar Halbleib (SPD): Herr Kollege Seidenath, Sie werden sicher dafür Verständnis haben, dass ich im Namen der SPD-Fraktion all den von Ihnen genannten Kräften ganz herzlich danke.

(Heiterkeit)

– Das ist ganz ernst gemeint. – Ich glaube, wir sollten diese Stunde durchaus dazu nutzen. Ich nutze jetzt die parlamentarischen Möglichkeiten, die mir zur Verfügung stehen. Ich glaube, der Dank, den Sie den Akteuren in der Region ausgesprochen haben, ist berechtigt; ich möchte ihn im Namen der SPD-Fraktion auf alle bayernweit ausweiten, die in diesen 365-Tage-Einrichtungen tagtäglich und stündlich Dienst tun. Ich wollte die Gelegenheit dazu nutzen, diesen Dank zum Ausdruck zu bringen. Ich glaube, das ist in unser aller Sinne. Ich denke, ich habe auch in Ihrem Namen gesprochen.

Natürlich freue ich mich vor allem darüber, ein herzliches Dankeschön an die unterfränkischen Kräfte hinzuzufügen.

(Heiterkeit – Beifall)

Bernhard Seidenath (CSU): Vielen Dank für diese Zwischenbemerkung. Es herrscht ja weihnachtlicher Friede. Ich habe eine andere Zwischenbemerkung erwartet, Herr Kollege Halbleib. Ich freue mich aber natürlich.

Bevor sich jetzt andere melden und sagen, das gelte auch für ihre Region, kann ich nur sagen: Das war pars pro toto. Die Dachauer Kräfte stehen sinnbildlich für alle Kräfte in Bayern. Noch mal Vergelts Gott für dieses Wirken rund um die Uhr, gerade jetzt in dieser Zeit; erst recht deshalb, weil wir nicht hingehen können. Noch mal danke schön! Danke schön auch noch einmal für die Aufmerksamkeit. Uns allen ein frohes Weihnachtsfest!

(Beifall)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Seidenath. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen, und wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion und der Fraktion FREIE WÄHLER auf Drucksache 18/12042 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – FREIE WÄHLER, CSU. Gegenstimmen! – Bei Gegenstimmen der FDP, der AfD sowie der beiden fraktionslosen Abgeordneten. Stimmenthaltungen! – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD. Damit ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 18/12043 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die SPD. Gegenstimmen! – FREIE WÄHLER, CSU, AfD sowie die beiden fraktionslosen Abgeordneten. Enthaltungen! – Bei Enthaltung der FDP. Damit der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion auf Drucksache 18/12044 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen! – Das sind die restlichen Fraktionen sowie der Abgeordnete Swoboda (fraktionslos). Enthaltungen? – Bei Enthaltung des Abgeordneten Plenk (fraktionslos). Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 18/12045 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen! – FREIE WÄHLER, CSU, AfD sowie der Abgeordnete Swoboda (fraktionslos). Enthaltungen! – Bei Enthaltung der FDP sowie des Abgeordneten Plenk (fraktionslos). Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der FDP-Fraktion auf Drucksache 18/12046 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die FDP und die SPD. Gegenstimmen! – CSU, FREIE WÄHLER, AfD und die beiden fraktionslosen Abgeordneten. Stimmenthaltungen! – Bei Stimmenthaltung von BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Verbunden mit dem Dank an alle Ehrenamtlichen im Freistaat Bayern seitens des Hohen Hauses und aller Fraktionen wünsche ich Ihnen ein frohes Weihnachtsfest und ein gesundes neues Jahr 2021 sowie einen guten Rutsch.

Die Sitzung ist geschlossen und damit hoffentlich auch das Sitzungsjahr.

(Schluss: 18:09 Uhr)